

**Einwohnerratssitzung 2017/2018
Protokoll Nr. 5**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 18. Januar 2018**
Sitzungszeit 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Präsidialdienste	
Direktwahl	041 329 63 09	18. Januar 2018

Anwesend	Präsident	Rolf Schmid
	Einwohnerrat	26 Mitglieder
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Janine Lipp
Entschuldigt		Leo Sigg Beat Tanner Martin Zellweger

Traktanden

- | | | | |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 237 |
| 2. | <u>Vereidigung Kurt Gisler (CVP)</u> | | Seite 237 |
| 3. | <u>Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 - 2020</u>
- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit | | Seite 238 |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 2</u> vom 28. September 2017 | | Seite 239 |
| 4a. | <u>Dringliches Postulat Koch:</u> Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut | Nr. 104/18 | Seite 239 |
| 5. | <u>Beantwortung Interpellation Zellweger:</u> Wofür genau geben wir unser Geld aus? | Nr. 055/17 | Seite 249 |
| 6. | <u>Postulat Piras:</u> "Moderns und suubers Chriens" mit der neuen Gemeinde App
<i>Begründung</i> | Nr. 071/17 | Seite 252 |
| 7. | <u>Postulat Burkhardt:</u> Spielplatz Brunnmatt auch am Wochenende
<i>Begründung</i> | Nr. 073/17 | Seite 257 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Manoharan:</u> Zwischenutzung von leerstehenden, gemeindeeigenen Räumlichkeiten | Nr. 062/17 | Seite 257 |
| 9. | <u>Postulat Tanner:</u> Kleidersammlungen in der Gemeinde Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 088/17 | Seite 257 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Büchi:</u> Steuerertrag und Bevölkerungsdichte nach Quartieren | Nr. 065/17 | Seite 257 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Niederberger:</u> Sperrparkplätze Gallusstrasse | Nr. 069/17 | Seite 259 |
| 12. | <u>Postulat Piras:</u> Zustand der Krienser Schulanlagen - für eine langfristige Werterhaltung
<i>Begründung</i> | Nr. 091/17 | Seite 262 |
| 13. | <u>Postulat Vonesch:</u> Nutzungskonzept für das Gemeindehaus (Schachenstrasse 13)
<i>Begründung</i> | Nr. 097/17 | Seite 262 |
| 14. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 262 |

Neueingangsliste

- Nr. 098/17 Postulat Ercolani: Parkinggebühren
Eingang: 14.12.2017
- Nr. 099/17 Interpellation Ercolani: Parkplätze vor Krienser Ladengeschäfte
Eingang: 14.12.2017
- Nr. 100/17 Interpellation Ercolani: Krienser Schloss
Eingang: 14.12.2017
- Nr. 101/17 Interpellation Erni: Datengeschenke an Private?
Eingang: 14.12.2017
- Nr. 102/17 Interpellation Schwarz: Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen
Eingang: 15.12.2017
- Nr. 065/17 Beantwortung Interpellation Büchi: Steuerertrag und Bevölkerungsdichte nach Quartieren
- Nr. 069/17 Beantwortung Interpellation Niederberger: Sperrparkplätze Gallusstrasse
- Nr. 245/16 Bericht Postulat Heiz: Längere Öffnungszeiten der Verwaltung
- Nr. 103/18 Postulat Portmann: Seniorenfreundliches Kriens
Eingang: 11.01.2018
- Nr. 104/18 Dringliches Postulat Koch: Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut
Eingang: 11.01.2018
- Nr. 046/17 Bericht Postulat Tanner: Einführung eUmzug in der Gemeinde Kriens
- Nr. 077/17 Beantwortung Interpellation Graber: Projektierung Süd-Alle und Rolle von Kriens

Rolf Schmid begrüsst alle Anwesenden zur fünften Einwohnerratssitzung im Amtsjahr 2017/18. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Heute schreibt man den 18. Tag im neuen Jahr, womit noch 347 Tage verbleiben. Was man auch immer unternimmt, der Sprechende wünscht 347-mal gutes Gelingen. Wo man auch immer ist, er wünscht 347-mal Wohlbehagen. Was auch immer passiert, er wünscht 347-mal Glück.

Rolf Schmid wirft wiederum einen kurzen Blick in die Geschichtsbücher und schaut auf ein paar besondere Ereignisse am 18. Januar:

- Am 18. Januar 1535 gründet der spanische Eroberer Francisco Pizarro die Stadt Lima.
- Am 18. Januar 1701 krönt sich Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, selbst als Friedrich I. in Königsberg zum „König in Preussen“.
- Am 18. Januar 1778 entdeckt James Cook auf seiner dritten Südseereise als erster Europäer Hawaii und tauft die Inseln Sandwich-Inseln.
- Am 18. Januar 1871 proklamiert Otto von Bismarck im Spiegelsaal in Versailles das „Deutsche Kaiserreich“.
- Am 18. Januar 1955 kommt Kevin Costner, amerikanischer Schauspieler und Filmemacher auf die Welt.
- Am 18. Januar 1977 stirbt der deutsche Schriftsteller Carl Zuckmayer in Visp.

Entschuldigt haben sich Leo Sigg, Beat Tanner und Martin Zellweger.

Heute ist keine Pause vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Rolf Schmid keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Es ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen.

Am 11. Januar 2018 hat Patrick Koch das dringliche **Postulat Koch: Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut (Nr. 104/2018)** eingereicht.

Die Vereidigung von Kurt Gisler gemäss Traktandum 2 muss vorgezogen werden, damit er auch über die Dringlichkeit abstimmen kann.

2. Vereidigung

Gemäss Rolf Schmid übernimmt Kurt Gisler das Mandat von Kathrin Graber, welche per 31. Dezember 2017 zurückgetreten ist. Der Sprechende bittet Kurt Gisler zu sich nach vorne. Er bittet die Anwesenden sich zu erheben. Kurt Gisler legt den Eid ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Fortsetzung Mitteilungen

Der Vorsitzende erteilt das Wort Patrick Koch zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulates.

Gemäss Patrick Koch ist die Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus akut vom Abriss bedroht. Er kann sich mit der Zerstörung eines solch einmaligen Kulturgutes nicht abfinden.

Für Bruno Bienz ist das keine Begründung zur Dringlichkeit. Die Dringlichkeit ist überhaupt nicht gegeben. Weiter liegt es nicht im Kompetenzbereich des Einwohnerrates oder des Gemeinderates. Heute und morgen wird die Kegelbahn sowieso nicht abgerissen.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Koch: Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut (Nr. 104/2018)
Mit 16:10 Stimmen wird das Postulat dringlich erklärt.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja

Das Postulat wird als Traktandum 4a behandelt.

3. Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 - 2020

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

gewählt als Mitglied:
 Kurt Gisler, CVP 27

4. Protokoll Nr. 2 vom 28. September 2017

Gemäss Rolf Schmid sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

4a. Dringliches Postulat Koch: Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut Nr. 104/18

Gemäss Rolf Schmid opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Laut Matthias Senn wurden die Kegelbahn- und die Kegelfanghütte des Naturfreundehauses in den 70er-Jahren erstellt. Im Gegensatz zum rechtskräftig bewilligten Naturfreundehaus gab es für die Kegelbahn nie ein Baubewilligungsverfahren. Für die Gebäude wurden deshalb im Rahmen des überarbeiteten Hochwaldkatasters nachträgliche Baubewilligungsverfahren verlangt. Da die Kegelbahn in der Pufferzone Mahd im Schutzgebiet des Krienser Hochwaldes liegt, verweigerte die Dienststelle rawi die nachträgliche Baubewilligung und forderte den Gemeinderat auf zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes. Mit Entscheid vom 14. Dezember 2016 lehnte der Gemeinderat das Baugesuch ab, die Kegelbahn- und Kegelfanghütte wurden dagegen geduldet. Der Gemeinderat begründete die Duldung mit der Verwirkung nach 30 Jahren und der Historik. Der historische Aspekt der zwei Bauten beziehe sich auf die Technik der halbautomatischen Kegelbahn, welche noch im originalen Zustand erhalten sei. Sie kann als erhaltenswertes Kulturgut eingestuft werden. In seiner Interessenabwägung gewichtete der Gemeinderat den Erhalt des Alpenkulturgutes höher, als dass eine Anlage im Schutzgebiet entfernt werden muss, die schon 40 Jahre dort steht. Gegen den Entscheid des Gemeinderates wurde von der Pro Natura Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht. Mit Verfügung vom 20. September 2017 teilte das Kantonsgericht mit, dass sich die Parteien vollständig über die Streitsache geeinigt und die Beschwerdeführerin die Beschwerde zurückgezogen hätte. Das Kantonsgericht erklärte das Verfahren ohne Auflagen und Bedingungen als erledigt. Damit erwuchs der Entscheid des Gemeinderats Kriens vom 14. Dezember 2016 in Rechtskraft. Der Gemeinderat hat bisher keine Kopie der zwischen der Eigentümerschaft und dem Verein Pro Natura abgeschlossenen Vereinbarung erhalten. Der Luzerner Zeitung vom 27. November 2017 konnte entnommen werden, dass sich die Eigentümerschaft mit dem Verein Pro Natura über einen Rückbau der Kegelbahn bis Ende 2018 geeinigt hat. Die Eigentümerin bestätigte dem Bau- und Umweltschutzdepartement, dass sie eine Vereinbarung mit der Naturschutzorganisation aus Angst vor dem Prozessrisiko gemacht hat. Sie würde die Kegelbahn sehr gerne behalten, wenn die Organisation nicht Beschwerde beim Kantonsgericht gegen den Entscheid des Gemeinderates eingereicht hätte. Es ist unbestritten, dass es ein Prozessrisiko wegen des Schutzgebietes gibt und die Kegelbahn sehr teuer werden könnte, sollte ein Prozess negativ ausgehen. Es sind vier Gründe, warum der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Ablehnung des Postulats empfiehlt:

1. Der Gemeinderat hat das gemacht, was das Postulat verlangt: Er hat die Kegelbahn in seinem Entscheid geduldet und so einen Rückbau verhindert.
2. Mit dem Rückzug der Beschwerde von Pro Natura und der Erledigterklärung des Verfahrens durch das Kantonsgericht wurde der Entscheid des Gemeinderates rechtskräftig. Aus bau- und planungsrechtlicher Sicht ist die Kegelbahn geduldet und kann bestehen bleiben.
3. Die Vereinbarung zwischen der Eigentümerschaft und dem Verein Pro Natura über den Rückbau der Kegelbahn ist privatrechtlicher Natur. Der Gemeinderat hatte und hat keinen Einfluss auf den Inhalt dieser Vereinbarung. Er bzw. die Gemeinde Kriens ist nicht Ver-

tragspartei. Er kann auch nicht verhindern, dass der Verein Pro Natura von der Eigentümerschaft die Umsetzung der Vereinbarung bzw. den Rückbau der Kegelbahn verlangen kann und dass die Eigentümerschaft aufgrund dieser Vereinbarung den Rückbau der Kegelbahn vornimmt.

4. Nur über den Verhandlungsweg kann versucht werden, dass sich die Pro Natura bereit erklärt, die Vereinbarung mit den Eigentümern aufzuheben oder zu ändern. Der Gemeinderat ist gerne bereit, seine Dienste für einen runden Tisch und für eine Verhandlungslösung anzubieten.

Als Krienser liebt Patrick Koch das Naherholungsgebiet Krienseregg. Die noch weitgehend intakte Natur mit reicher Artenvielfalt lässt sein Herz jedes Mal höherschlagen. Schweizweit wurden rund 90 % der ursprünglich vorhandenen Moore zerstört. Es erfüllt ihn mit Stolz, dass es im Krienser Hochwald noch einige Hoch- und Flachmoore gibt. Der Sprechende ist der Letzte, der die Zerstörung dieser Moore zulässt. Dass die in jüngster Zeit ohne Bewilligung erstellten An- und Nebenbauten rückgebaut werden müssen, ist für ihn klar. Hier geht es jedoch um eine fast 50-jährige Naturkegelbahn. Selbstverständlich steht Patrick Koch hinter diesen Schutzverordnungen, jedoch ist er der Ansicht, dass es einen Ermessensspielraum geben muss. Das Schweizer Volk hatte 1987 Ja gesagt zum Moorschutzartikel. An diesem Datum stand die Kegelbahn bereits 15 Jahre. Der eigentliche Moorschutz wird durch die Kegelbahn in keiner Art und Weise beeinträchtigt. Der Gemeinderat ist bereit, die Anlage zu dulden, weil sie seit mehr als 30 Jahren besteht und es sich um ein einmaliges Kulturgut handelt. Nach der bundesrechtlichen Rechtsprechung ist die Befugnis der Behörden den Abbruch eines illegal erstellten Gebäudes anzuordnen, grundsätzlich auf 30 Jahre beschränkt. Pro Natura hat auch gegen das nachträgliche Baugesuch des BTV für die 80-jährige Kegelbahn beim Berggasthaus Ricketschwendi im Jahr 2013 Einspruch erhoben. Diese Kegelbahn steht sogar teilweise im Wald und in der Zone Mahd. Auch hier hat der Gemeinderat die Anlage geduldet. Die Umstände, resp. Vorgeschichte ist also vergleichbar mit der jetzigen Situation beim Naturfreundehaus. Interessanterweise zog Pro Natura diesen Fall nicht ans Kantonsgericht weiter. Es macht ganz den Anschein, dass man es mit dem mächtigen BTV nicht aufnehmen wollte, zumal dieser bereits von Anfang an einen Anwalt beigezogen hatte. Die Naturfreunde haben inzwischen ihr Haus an ein junges Ehepaar verkauft. Auch in diesem Fall hat sich der Gemeinderat für eine Duldung ausgesprochen. Die Naturschutzorganisation Pro Natura hat jedoch beim Kantonsgericht Beschwerde eingereicht. Es ist beschämend, dass dabei die hohen Gerichtskosten als Druckmittel eingesetzt werden. Die jungen Besitzer haben weiss Gott andere Sorgen als zu prozessieren. Es macht ganz den Anschein, dass Pro Natura die persönliche Situation des Ehepaares bewusst ausnutzte, um in diesem Fall ein Exempel zu statuieren. Gemäss Schutzverordnung Krienser Hochwald aus dem Jahr 2000 Art. 25 sind Anlagen etc., die nach dem 1. Juni 1983 ohne rechtmässige Bewilligung in Moorbiotopen von nationaler Bedeutung erstellt worden sind, abzubauen oder rückgängig zu machen. Diese Kegelanlage besteht jedoch bereits seit dem Jahr 1972. Weiter steht in der Schutzverordnung geschrieben, dass wenn die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nicht möglich oder für die Erreichung des Schutzziels unverhältnismässig ist, so ist für angemessenen Ersatz oder Ausgleich zu sorgen. In diese Richtung muss es gehen. Es wäre zu begrüssen, wenn die Gemeinde einen runden Tisch einberufen könnte, um mit den Vertragspartnern eine einvernehmliche Lösung anzustreben. Vielleicht wäre es ja möglich anderswo auf der Krienseregg eine ökologische Aufwertung vorzunehmen, um für alle eine Win-Win-Situation zu schaffen. Mit der Überweisung dieses überparteilichen Postulates erhoffe er sich, dass der gesunde Menschenverstand auf der Krienseregg wieder einkehrt. Seit 2015 führt der Naturbahn-Kegelverein Krienseregg das beliebte Naturbahn-Kegel-Turnier durch. Dieser Wettbewerb wird auf den drei Naturkegelbahnen auf der Krienseregg durchgeführt und erfreut sich grosser Beliebtheit. Alle sind eingeladen, am nächsten Kegelturnier am 26. Mai 2018 teilzunehmen. Er bittet darum, das Postulat zu überweisen. Ohne Überweisung ist der Druck zu wenig gross, um die Kegelbahn erhalten zu können.

Viktor Bienz, CVP/JCVP-Fraktion, meint, dass Patrick Koch sehr gut ausgeführt hat, wie der ganze Sachverhalt ist. Es ist für viele nicht verständlich, was hier abläuft. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt das Postulat grossmehrheitlich. Es ist wichtig einen Weg zu finden und dass der Gemeinderat unterstützt wird, damit die Kegelbahn erhalten bleiben kann.

Thomas Lammer, FDP-Fraktion, war vor einigen Tagen wieder einmal in diesem Gasthaus. Er konnte sich davon überzeugen, dass ein innovatives Wirtepaar am Werk ist. Die FDP-Fraktion bedauert es ausserordentlich, dass diesen das Leben schwer gemacht wird und die Kegelbahn abgerissen werden muss. Sie unterstützt jede Anstrengung, um die Kegelbahn erhalten zu können.

Als Privatperson hat Cla Büchi, SP-Fraktion, nichts dagegen, wenn die Kegelbahn bis auf weiteres bestehen bleiben könnte. Aber als Einwohnerrat hat er Mühe, für etwas einzustehen, das widerrechtlich erstellt wurde. Das würde seiner Meinung nach Aussen ein falsches Zeichen setzen, nämlich, dass man es mit dem Baugesetz nicht so genau nehmen muss. Eine andere Ausgangslage wäre, wenn die Kegelbahn als Kulturobjekt einen speziellen historischen Wert hätte. Er persönlich kann das anhand der Fotos aus den Medien nicht beurteilen. Aber dafür gibt es die Denkmalpflege. Und wenn sich der Gemeinderat überlegt, die Kegelbahn als Kulturobjekt anzusehen und zu dulden, so erwartet die SP-Fraktion, dass man die Schutzwürdigkeit von der Denkmalpflege beurteilen lässt.

Da der Grüne/GLP-Fraktion laut Erich Tschümperlin der Schutz des Hochmoors und des Waldes sehr am Herzen liegt, erlaubt er sich heute ein etwas ausführlicheres Votum. Das Postulat setzt sich für den Erhalt eines Kulturguts ein, so steht's im Postulat. Am 16. März 2017 hat der Einwohnerrat den B+A Nr. 025/2017 behandelt. Dabei ging es um die Löschung des Anhang C zu Art. 39 im BZR, die Liste der kommunalen Kulturobjekte. Diese Liste wird nun kantonal geführt. Dabei wurde die Anzahl Objekte von 395 (kommunal) auf 274 (kantonal) reduziert. Die FDP ging das noch zu wenig weit, hatte gar in ihrer Motion eine Reduktion auf ca. 125 Objekte gefordert. Grossmehrheitlich wurde die Reduktion begrüsst. An dieser Sitzung sagte z.B. Alfons Graf: *“274 Objekte sind immer noch schützens- oder erhaltenswert. Das ist für Kriens immer noch zu viel. Es kann nicht jeder Hühnerstall oder jede Holzhütte unter schützenswert gestellt werden.“* Die Kegelbahn soll also nun ein schützenswertes Kulturgut sein. Bei diesen viel zu vielen 395 oder eben 274 Objekten war sie nie aufgelistet. Auch der Gemeinderat Matthias Senn spricht in einem Artikel der Luzerner Zeitung vom 27. November 2017 von einem Alpenkulturgut. Was das genau sein soll und ob Kriens noch weitere Alpenkulturgüter hat, hat der Gemeinderat bis jetzt nicht mitgeteilt. Bei der kommunalen und kantonalen Liste der Kulturgüter wurde die Schutzwürdigkeit von Objekten in Frage gestellt, obwohl diese von ausgewiesenen Fachleuten erstellt wurden. Nun verleihen engagierte Laien der Kegelbahn die Schutzwürdigkeit und den Status eines Kulturgutes. Woraus sich diese ableitet, weiss die Grüne/GLP-Fraktion nicht. Zudem ist sie irritiert, wenn sich der höchste Natur- und Umweltschützer in Kriens ausschliesslich um das vermeintliche Kulturgut sorgt und mit keinem Wort um das Hochmoor. Da vermisst sie das nötige Herzblut für die Anliegen der Umwelt. Zum Vergleich möchte Erich Tschümperlin hier den Trambahnhof anführen. Diesen wollten die Grünen und auch die SP erhalten. Zweifellos ein schutzwürdiges Gebäude, wie auch Räto Camenisch in seinem Votum vom 5. November 2015 im Rat festgehalten hat. Damals hat die FDP mit einer dringlichen Interpellation Nr. 203/2015 den sofortigen Abbruch des Trambahnhofs forciert. Mit dem Abriss dieses Kulturguts hatten sie kein Problem. An dieser Stelle möchte der Sprechende zur Veranschaulichung gerne ein Bild zeigen. Er hat die Kegelbahn Hochwald und den Trambahnhof gegenüber gestellt. Man beachte bei der Kegelbahn die filigrane Architektur mit den Stahlträgern und dem Blechdach. Der Sprechende geht mit Alfons Graf einig, dass nicht jede Holzhütte unter die Schutzwürdigkeit gestellt werden kann.

Der Trambahnhof musste mit grossem Druck abgerissen werden. Er weiss immer noch nicht wieso. Das eine ist gut erreichbar und das andere nicht so. Das eine hat ein paar Dutzend Benutzer und das andere hätte ein Bijou im Zentrum von Kriens gegeben. Das eine ist seit Anfang an illegal. Die Kegelbahn wurde gebaut, als die Schutzverordnung bereits in Kraft war. Zum Thema Kulturgut möchte Erich Tschümperlin hier doch noch erwähnen, dass vor allem die Landschaft rund um die Krienseregg ein wichtiges Kulturgut ist. Diese schöne Landschaft muss man schützen. Die Grüne/GLP-Fraktion duldet nicht, dass sie von einigen Privilegierten illegal verbaut wird. Und für den Tourismus am Pilatus ist eine intakte Landschaft von zentraler Bedeutung. Ernst Siegenthaler und die liberalen Senioren werfen gemäss der Neuen Luzerner Zeitung vom 12. Januar 2018 der Pro Natura vor, den gesunden Menschenverstand verloren zu haben. Als ehemalige Politiker wissen sie, dass Baubewilligungen auf Gesetzen basieren. Daran haben einige von ihnen vielleicht noch mitgearbeitet. Der Gemeinderat hat sich an diese Gesetze zu halten, ohne Wenn und Aber. Dass gerade die liberalen Senioren den Mut haben Pro Natura frontal anzugreifen, findet die Grüne/GLP-Fraktion doch ziemlich frech. Weshalb hat Kriens die Probleme im Hochwald und auf der Krienseregg mit über 100 illegalen Bauten? Man hat sie, weil der Gemeinderat über 30 Jahre einfach weggeschaut hat, statt für Recht und Ordnung zu sorgen. Und in dieser Zeit war das Baudepartement immer in den Händen der FDP. Seit dem Jahr 2010 ist der Gemeinderat daran diese Altlast aufzuräumen, oder eben nicht. Im Jahr 2010 hat der Vorsteher des Baudepartements eine Aufarbeitung in zwei Jahren in Aussicht gestellt. Wann diese Aufräumarbeiten tatsächlich abgeschlossen sein werden, weiss man immer noch nicht. Dass die liberalen Senioren in dieser Situation öffentlich Pro Natura angreifen, zeugt davon, dass man Ursachen und Wirkung nicht immer zusammenbringt. Diesem öffentlichen Angriff muss auch öffentlich widersprochen werden. Dies macht der Sprechende heute. Die Pro Natura hat genau zwei Einsprachen gemacht bei über 100 Objekten. Dass es Pro Natura überhaupt braucht, um das Recht durchzusetzen, findet die Grüne/GLP-Fraktion alarmierend. Und es ist ebenso falsch und diffamierend zu behaupten, Pro Natura nutzt die Gerichtskosten als Druckmittel. Wenn die Kegelbahn legal ist, liegt das Risiko ja bei der Pro Natura. Mit dieser Behauptung entlarven sich diese Leute gleich selbst. Diese Anlage kann nicht bewilligt werden. Deshalb hat sie der Gemeinderat auch nicht bewilligt, sondern duldet diese nur. Die bisherigen Bundesgerichts- und Kantonsgerichtsentscheide dulden keine illegalen Bauten in national geschützten Mooren. Das sollten alle zur Kenntnis nehmen und nicht einen Sündenbock wie Pro Natura konstruieren. Pro Natura entscheidet nicht und macht auch keine Gesetze, sie verhilft dem Recht nur zum Durchbruch. Auch weiss die Grüne/GLP-Fraktion nicht, was die Unterzeichner des Postulats genau wollen. Soll der Gemeinderat als Exekutive und unparteiische Behörde Pro Natura nun zum Verzicht der Einsprache drängen? Soll der Gemeinderat den Vertrag zwischen Pro Natura und Grundbesitzer für ungültig erklären? Vom Gemeinderat möchte sie wissen, auf Grund welches Artikels er die Duldung beschlossen hat. Bei der letzten grossen Untersuchung des Baudepartements, mit einer juristischen Abklärung von 20 Baugesuchen, angeordnet durch den Einwohnerrat, war eine wesentliche Erkenntnis, dass der Gemeinderat nicht mehr nach seinem Gutdünken Ausnahmewilligungen erteilen kann. Für die Erteilung einer Ausnahmewilligung braucht es eine gesetzliche Grundlage. Die Grüne/GLP-Fraktion möchte wissen, aufgrund welcher Gesetzesartikel der Gemeinderat eine Duldung bewilligt hat. Soweit er gesehen hat sind gemäss Schutzverordnung keine Sportanlagen erlaubt, einzig Feuerstellen können noch bewilligt werden. Eine Duldung läuft darauf hinaus, dass das Objekt einfach ohne Baubewilligung stehen bleibt. Es ist eine elegante Lösung für den Gemeinderat, denn so umschiffert er das Baubewilligungsverfahren. Die Kegelbahn liegt übrigens nicht nur im national geschützten Hochmoor, sondern auch in einer Schutzzone gemäss kommunaler Schutzverordnung. Bereits beim Bau der Kegelbahn befand sich diese in einer Schutzzone. Die Verordnung zum Schutz des Forenmooses trat am 11. März 1971 in Kraft. Wenn der Gemeinderat solche Objekte dulden will, dann werden wohl praktisch keine illegalen Bauten etwas zu befürchten haben. Es ist der Grüne/GLP-Fraktion klar, dass sie sich mit ihrem Einsatz gegen das Postulat keine Freunde macht oder genauer gesagt Stimmen bei den nächsten Wahlen. Hier geht es aber um Glaubwürdigkeit und darum, dass Gesetze eingehalten werden. Es geht um Rechts-

staatlichkeit. Der Einwohnerrat macht die Gesetze, er ist die Legislative. Der Gemeinderat wendet diese an. Es ist bedenklich, wenn man sich in laufende Bewilligungsverfahren einmischen will und versucht die Rechtsprechung zu biegen. Das geht ganz klar in Richtung Willkür und Bananenrepublik. Es steht aber jedem und jeder frei, die eine oder andere Partei auf ihrem Rechtsweg zu unterstützen und zu begleiten. Zum Beispiel mit einem Beitrag für die möglichen Gerichtskosten. Zusammengefasst stellt die Grüne/GLP-Fraktion fest, dass die Ursache der Probleme die Untätigkeit des Gemeinderates in der Zeit der Erstellung war. Beim Landschaftsschutz haben diese Gemeinderäte sträflich weggeschaut. Und auch der heutige Gemeinderat trägt seinen Anteil zur jetzigen Situation bei, weil diese Arbeit längst erledigt sein sollte. Wenn man acht Jahre oder mehr braucht, um mit den illegalen Bauten aufzuräumen, ist der politische Wille nicht sehr gross. Auch wenn es eine sehr undankbare Sache ist, die Versäumnisse der Vorgänger aufzuräumen, so muss sie trotz allem gemacht werden und zwar richtig. Das Fazit der Grüne/GLP-Fraktion ist wie folgt: Im ersten Moment hat der eine oder die andere vielleicht noch gedacht, dass sich der Einwohnerrat für den Erhalt dieser Kegelbahn einsetzen sollte. Aber wenn man sich die ganze Geschichte anschaut, dann stellt man fest, dass dies der falsche Weg ist. Die Gesetze gelten für alle. Sie unterstützt nichts Illegales und sie mischt sich auch nicht in laufende Verfahren ein. Und wenn hier eine Ausnahme gemacht würde, dann fordern dies die andern zu recht auch. Wenn also heute tatsächlich eine Mehrheit der Legislative auf kommunaler Ebene versucht, sich in einem laufenden Verfahren um ein national geschütztes Hochmoor über das Gesetz hinwegzusetzen, wird Kriens sicher wiederum nationale Schlagzeilen machen. Dieses Mal dürfte die Reaktion nicht so wohlwollend sein, wie beim Wappen.

Judith Mathis-Wicki meint, dass man im ersten Moment eine Sympathie für die Kegelbahn hätte entwickeln können. Sie dachte jedoch, dass es sich lohnt Auskunft über den Ablauf bei der Pro Natura einzuholen. Sie konnte sich nicht vorstellen, dass eine Pro Natura Einsprache macht und ein Gerichtsverfahren riskiert, in einem Gebiet, welches nicht absolut schutzwürdig ist. Ihre Erkundigungen haben sich gelohnt. Die Sprechende bittet grundsätzlich die Verhältnismässigkeit zu wahren, wenn man daran denkt, dass es sich beim Hochmoor um eine einmalige Naturlandschaft handelt und man diese gegen eine 50-jährige Kegelbahn aufwiegen möchte. Sie versteht auch nicht, dass Patrick Koch, der sich sehr für die Natur einsetzt, nicht dieselben Erkundigungen einzog. Wie man hörte, erfolgte die öffentliche Auflage in einem nachträglichen Baugesuch vom Oktober 2013. Die Einsprache der Pro Natura erfolgte im November 2013. Der Entscheid des Gemeinderates wurde erst im Dezember 2016 gefällt. Aufgrund des Entscheides des Gemeinderates reichte die Pro Natura im Januar 2017 Beschwerde ein. Die Pro Natura hat das Gespräch mit den Eigentümern des Naturfreundehauses nie verweigert. Sie sassen zusammen und versuchten eine Vereinbarung über den Rückbau und Reduzierung der Kostenbeteiligung der Gesuchsteller auszuhandeln. Dies erfolgte im September 2017. Die Kegelbahn wird bisher ohne Begründung als einmaliges Kulturgut bezeichnet. Eine sogenannte Schutzwürdigkeit wurde bisher nicht belegt, sondern wird lediglich behauptet. Zu beachten ist auch, dass in der näheren Umgebung mindestens noch eine weitere Kegelbahn besteht. Die Pro Natura verlangt vorliegend lediglich die Entfernung der Bauten und Anlagen, soweit diese Bauten ein Hochmoor von nationaler Bedeutung tangieren, sowie eine Renaturierung der betroffenen Flächen. Damit ist nicht zwingend ein Abriss bzw. eine unwiederbringliche Zerstörung der Kegelbahn gemeint. Bereits bei der Begehung mit den Eigentümern wurde die Idee einer Versetzung vorgebracht, welche aber von den Eigentümern oder der Gemeinde nicht weiterverfolgt wurde. Demzufolge wäre gegen eine Versetzung der Kegelbahn seitens der Pro Natura nichts einzuwenden, sofern ein allfälliger neuer Standort die Bewilligung für eine solche Baute zulässt. Beispielsweise könnte dies im Bereich der bestehenden Infrastrukturanlagen des Spielplatzes Krienseregg oder bei anderen Vereinshäusern sein, welche Flächen ausserhalb des geschützten Gebiets haben. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass es keine relevante Standortgebundenheit gibt. Die Kegelbahn befindet sich entgegen den Aussagen von Patrick Koch tatsächlich in einem national geschützten

Hochmoor, nämlich dem Forenmoos bei der Krienseregg auf dem Grundstück Nr. 417. Das entsprechende Inventarobjekt wird durch die Baute direkt geschädigt. Eine natürliche Vegetationsentwicklung wird verhindert und der ursprüngliche Lebensraum ist beeinträchtigt. Zusätzlich befinden sich die Bauten in einer Schutzzone gemäss kommunaler Schutzverordnung. Bemerkenswert ist überdies, dass sich dieser Ort bereits bei der Erstellung der Bauten im Jahr 1972 in der Schutzzone befunden hat. Die Verordnung des Schutzes des Forenmoos ist am 11. März 1971 in Kraft getreten. Bisherige Bundesgerichts- und Kantonsgerichtsentscheidungen fordern den Abbruch von illegalen Bauten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es ein Ferienhaus oder eine Kegelbahn ist. Ein Präjudiz gegenüber anderen illegalen Bauten muss im Sinne des Moorschutzes verhindert werden. Die unbeschränkte Duldung der Baute wäre insofern inakzeptabel, dass eine solche im Endeffekt einer Baubewilligung gleich kommt und die Baute somit bestehen bleibt. Die im Postulat erwähnte Verwirkung ist im betreffenden Fall nicht von Bedeutung, da es sich um ein Hochmoor von nationaler Bedeutung handelt und es liegen besonders wichtige öffentliche Interessen vor, nämlich die uneingeschränkte Erhaltung des Hochmoors. Gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts gebieten die Wiederherstellung das auch noch nach 30 Jahren und länger. Die Wiederherstellungspflicht war nicht nur den Verkäufern, sondern auch den neuen Besitzern zum Zeitpunkt des Kaufes nachweislich bekannt. Das kann in einem Schreiben des Gemeinderates vom 12. August 2015 nachgelesen werden. Die Pro Natura hat aufgrund von sorgfältiger Abwägung bisher nur vereinzelte Beschwerden gegen den Entscheid des Gemeinderates eingereicht. Währenddessen werden in der gleichen Zeit Dutzende bewilligt oder zumindest geduldet. Das zeigt auch auf, die Pro Natura erwirkt niemals ein Verfahren, wenn es sich nicht um ein absolut schutzwürdiges Gebiet handelt. Die Pro Natura hat gar keine Kapazität sich auf zu viele Verfahren einzulassen. Das heisst, hier handelt es sich um ein ganz sensibles Gebiet und die alte Kegelbahn kann nicht bestehen bleiben. Die Sprechende bittet nochmals die Verhältnismässigkeit zu sehen, welche man in diesem wunderschönen Gebiet hat. Die Krienserinnen und Krienser sollen sich vehement für dieses Gebiet einsetzen. Ein Naturfreundehaus hat genügend andere reizvolle Sachen zu bieten, als eine alte Kegelbahn. Diese wird nicht so wahnsinnig viel genutzt, wie dies nun behauptet wird.

Räto Camenisch muss zugeben, dass er von dieser Kegelbahn bisher nichts gewusst hat. Er ging diese nun mal anschauen. Er ist erstaunt über die beiden Voten seiner Vorredner. Judith Mathis-Wicki war sachlich und klar. Erich Tschümperlin auch, aber es war fast schon eine grüne Apparatschik-Rede. Hier wurde ja ins Wespennest gestochen. Nun wird die Kegelbahn mit dem Bahnhöfli verglichen. Immerhin waren die Gemeindebaute und der Veranstaltungsort gefährdet. Das Bahnhöfli hatte ja keinen Zweck mehr und war nur eine Baute. Hingegen wird die Kegelbahn noch gebraucht. Hängt das gesamte Hochmoor nur an dieser winzig kleinen Kegelbahn? Das Hochmoor ist selbstverständlich schützenswert. Aber muss man wirklich so kleinlich sein und dies durchsetzen? Immerhin ist eine solche Kegelbahn für die Bevölkerung da. Wenn dem Gemeinderat der Auftrag gegeben wird im Rahmen des Gesetzes eine Lösung zu Gunsten der Krienser Bevölkerung zu finden, sieht er keinen Grund, weshalb dies eine Sünde sein soll.

Gemäss Alfons Graf muss man in der heutigen Zeit zur Natur schauen. Das ist jedem hier klar. Im Hochwald wurden Sünden gemacht, was auch jedem bekannt ist. Aber dass man nun diese Leute straft, welche Grundstücke oder Häuser erwerben, ist völliger Schwachsinn. Der Abriss dieser Kegelbahn ist verhältnisblödsinnig. Dass die Pro Natura zusammen mit den Grünen ein solches Theater veranstalten, ist für ihn befremdend. Dass die Grünen mit der Pro Natura auf einer Linie sind, ist logisch, aber auch heuchlerisch. Wieso heuchlerisch? Die Grünen, die sich immer so für die Natur einsetzen, sitzen auch in einen Flieger und gehen damit in die Ferien. Der Flieger ist die grösste Dreckschleuder. Das sind Gegensätze, welche beim Sprechenden grosse Fragezeichen setzen. Das Theater, welches die Pro Natura und die

Grünen dort oben veranstalten, beruht halt nur auf Neid und Missgunst. Das kann man nicht anders sagen. Die Grünen kommen bei jeder Gelegenheit mit solchen Sachen. Alfons Graf hofft, dass der Gemeinderat mit der Pro Natura und den Querulanten nochmals an den Tisch sitzt, um eine Lösung zu finden.

Nach Michèle Binggeli's Ansicht ist nicht klar, ob die privatrechtliche Vereinbarung tatsächlich rechtsverbindlich und auch durchsetzbar ist. Leider liegt diese auch dem Gemeinderat nicht vor. Es wäre interessant zu sehen, was genau vereinbart wurde. Aber man weiss, dass keine gerichtliche Vereinbarung gemacht wurde. Das wäre in diesem Verfahren absolut möglich gewesen und damit hätte man ein Instrument, welches durchsetzbar ist. Es fragt sich durchaus, weshalb man dies nicht gemacht hat. Es macht stutzig. Es könnte auch bedeuten, dass die private Vereinbarung nicht gültig und so nicht umgesetzt werden kann. Die Sprechende fragt sich, weshalb jemand als Beschwerdeführer in einen Prozess geht und dann eine Vereinbarung abschliesst und diese nicht vom Gericht absegnen lässt. Das ist unverständlich und dahinter können gewisse Gründe stecken. Schliesslich möchte sie sich auch nicht zu weit nach aussen wagen, aber für sie ist es nicht so sicher, dass die Beschwerde gutgeheissen worden wäre. Ausserdem ist sie durchaus der Meinung, dass das Prozessieren der Pro Natura als Druckmittel verwendet wurde. Schliesslich kommt sie nun zur Duldung. Was diese anbelangt, so spielt es formell gesehen, im jetzigen Zeitpunkt keine Rolle auf welche Grundlage sich der Gemeinderat gestützt hat. Die Duldung ist, wie erwähnt, rechtskräftig und somit kann diese nicht mehr angefochten werden. Die Beschwerde wurde zurückgezogen und das Verfahren wurde abgeschlossen. Es können keine weiteren Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Für Michèle Binggeli ist es nicht verständlich, weshalb die Pro Natura die Beschwerde zurückziehen soll und dann eine private Vereinbarung macht. Für sie ist es einfach komisch gelaufen. So oder so bittet sie deshalb das Postulat zu überweisen, damit zumindest versucht werden kann eine Lösung zu finden, welche für alle Parteien eine gute Lösung ist.

Raoul Niederberger geht zuerst auf das Votum von Räto Camenisch ein. Es mag sein, dass dies nun ein kleinerer Eingriff ist, aber wenn man die Argumentation weiterdenkt, dann möchten plötzlich mehrere Leute einen kleinen Eingriff. Dann gibt es hier einen kleinen Eingriff und dort auch noch einen. Am Schluss ist das Moor zerstört. Man kann nicht irgendwo eine Ausnahme machen, sonst denken alle, dass es bei ihnen auch geht. Nun zu den Ausführungen von Michèle Binggeli. Ja, es liegt nun kein gerichtlicher Entscheid vor. Die Eigentümer wollten dies ja auch gar nicht. Sie haben das Prozessrisiko und die Kosten gescheut. Wenn nun die private Vereinbarung nicht umgesetzt wird, ist diese sicherlich auch einklagbar. Dann muss wieder ein Gericht entscheiden. Jedoch ist dann das Prozess- und Kostenrisiko wieder da. Der Sprechende glaubt nicht, dass die Pro Natura das Prozessieren einfach als Druckmittel gebraucht hat. Und wenn das der Fall sein sollte, gibt es auch einige Gegenbeispiele. Beispielsweise drohen viele grosse Unternehmen mit einem Prozess und dann ziehen private Personen ihre Anliegen zurück.

Auch die Roten stellen sich laut Raphael Spörri hinter die Grünen und Pro Natura. Nebst den genannten fachlichen und sachlichen Argumenten, stellt er fest, dass die Kegelbahn illegal erstellt wurde. Es wurde kein Baugesuch bewilligt und es steht im Hochmoor. Diese Fakten zählen. Er begreift zu einem Teil, dass mit der Erstellung der Kegelbahn, mit der etwas Gutes getan werden soll, auch Herzblut dahinter steckt. Deshalb kann es wehtun die Erkenntnis zu haben, dass es falsch war. Trotzdem möchte er auf den drei Fakten beharren. Nicht wenige Male wurde den Linken um die Ohren geschlagen, dass sie sich an das Gesetz halten sollen. Man soll daran denken, dass es so geregelt ist. Die Emotionen sollen etwas zurückgeschraubt werden.

Laut Enrico Ercolani ist bei dieser Angelegenheit etwas Herz gefragt. Die Pro Natura hat ein Herz für die Natura. Hat sie auch ein Herz für die Menschen? In diesem speziellen Fall stellt er diese Frage in den Raum. Wie viel Schaden hat die Kegelbahn, die nicht im Moor, sondern in der Randzone steht, schon angerichtet bzw. wie viel wird sie in Zukunft noch anrichten? Kann es sein, dass das gesamte Moor wegen der Kegelbahn verschwindet? Hier ist Verhältnismässigkeit gefragt. In den vergangenen 40 Jahren haben sich im Hochwald einige darüber gefreut, eine Kugel werfen zu können, damit ein paar Kegel umfallen. Nun möchte man dies in Zukunft in tausenden Leuten unterbinden, für etwas, was aus seiner Sicht nicht der Natur schadet. Der Sprechende ist auch für die Natur und hat Freude an schönen Blumen und Vögeln. Aber hier findet er, dass das Wort Verhältnismässigkeit am richtigen Ort ist.

Wenn Yvette Estermann es richtig verstanden hat, ist der Gemeinderat bereit einen runden Tisch zu organisieren. Sie begrüsst es, wenn er als Mediator zwischen den Parteien vermittelt. Mit der Überweisung des Postulats hat die Eigentümerin und vielleicht auch der Gemeinderat die stärkeren Karten im Rücken. Die Sprechende ist auch für den Erhalt der Kegelbahn. Sie ist überzeugt, dass seit dem Bau der Kegelbahn anno 1972 kein Molch oder Frosch leiden musste. Wenn diese jedoch zurückgebaut wird, bedeutet dies Lärm, viele Leute und zum Teil grosse Maschinen. Dann stellt sich die Frage, ob dies für das Hochmoor besser ist. Die Tiere finden es in diesem Fall sicher besser, wenn die Kegelbahn stehen bleibt. Sie bittet deshalb um Unterstützung des Postulats, damit die Kegelbahn bleiben kann. Das tut auch der Natur gut. Ruhe ist besser, als Umtrieb und Abbau von etwas, das seit 50 Jahre besteht.

Die Grünen wurden laut Erich Tschümperlin von Alfons Graf von wegen Theater, Neid und Missgunst angesprochen. Er staunt immer wieder, wie sein Verhältnis zum Gesetz ist. Hier kann man ja salopp darüber hinweg schauen, weil es ja nur am Rand ist. Wenn es darum geht, dass ein Asylbewerber irgendwo ein Kaugummi klaut, dann ist Alfons Graf vermutlich für den Landesverweis. Die volle Härte des Gesetzes hört man dann. Wenn das Gesetz so selektiv angewendet wird, kommt es dann zu solchen Voten. Die Linken missgönnen niemandem etwas. Es hat drei Kegelbahnen in der Nähe. Wenn es ein solches Bedürfnis wäre, müsste es in Kriens etwa 10 Kegelbahnen geben. In der Zeitung konnte man lesen, dass man erst seit 2015 überhaupt wieder kegelt. An einem Turnier mussten sich 50 Personen auf drei Kegelbahnen verteilen. Diese tausenden von Keglern, welche Enrico Ercolani sieht, werden vermutlich nicht kommen. Die Grünen hätten gerne einen Gerichtsentscheid gehabt, denn das würde vieles klären. Nun zur Aussage von Michèle Binggeli, dass diese Vereinbarung vielleicht nicht rechtsverbindlich ist. Er findet das ein komisches Verständnis von Treu und Glauben. Der Pro Natura wird vorgeworfen, dass sie stur ist und Prozessrisiken aufdrängt. Nun ist sie mit den Eigentümern eine Vereinbarung eingegangen und hat ihre Beschwerde zurückgezogen. Nun wird gesagt, dass diese Vereinbarung vermutlich gar nicht eingehalten werden muss. Wie ist ein solcher Vertragspartner zu werten? Oder was muss eine Organisation in Zukunft machen? Durch alle Böden vor Gericht ziehen. Das wird gefordert, weil man den Leuten nicht mehr glaubt, wenn eine privatrechtliche Vereinbarung gemacht wird. Das findet Erich Tschümperlin ein ganz schlechtes Zeichen. Wie setzt man das Recht durch, wenn man das Gefühl hat, es stimmt nicht? Wenn sich die Parteien nicht einigen, muss man es vom Gericht entscheiden lassen. Es kann nicht einfach gesagt werden, dass die eine Partei Recht hat. Deshalb wären die Grünen froh, wenn man dies so gemacht hätte. Nur sagen, dass der Käufer bestraft wird, ist nicht korrekt. Der Käufer hat gewusst, dass die Problematik mit der Kegelbahn besteht. Diese war auch sicher Bestandteil des Kaufpreises. Räto Camenisch war der ehrlichste, weil er sagte, dass er nicht wusste, dass es dort eine Kegelbahn gab. Dies geht vermutlich vielen anderen auch so. Dies nun als Prunkstück von Kriens darzustellen und den Grünen eine Verschwörung mit der Pro Natura anzukreiden, ist doch übers Ziel hinausgeschossen.

Gemäss Davide Piras wurden viele Detailfragen gestellt. Der Sprechende hat das Postulat aus einem einfachen Grund unterschrieben. Er wollte, dass der Gemeinderat den Abriss prüft. Dass der Gemeinderat im möglichen gesetzlichen Rahmen handelt, hofft Davide Piras doch sehr. Er möchte lediglich die Prüfung. Wenn es nach Gesetz nicht geht, dann geht es einfach nicht.

Patrick Koch findet das genannte Wort Verhältnismässigkeit ganz wichtig. Yvette Estermann brachte auch einen wichtigen Punkt ein. Bei einem Abbau gibt es sicher Schäden, wenn es eine wertvolle Vegetation an diesem Standort gibt. Eine Aufwertung von einem anderen Platz im Moor wurde bereits schon gemacht. Deshalb könnte auch hier der Gemeinderat den Lead übernehmen, um eine Aufwertung machen zu können. So könnten alle als Gewinner aus dieser Situation herausgehen. Deshalb hofft er auf die Unterstützung des Postulats, damit es zu einem runden Tisch kommt.

Viktor Bienz arbeitet in der Natur und lebt von der Natur. Die Natur ist ihm wirklich sehr wichtig. In diesem Fall fragt er sich schon, ob man hier früher nichts verschlafen hat. Touristisch gesehen, soll das Naherholungsgebiet aufgewertet werden. Eine Kegelbahn ist eine Aufwertung. Demgegenüber muss das Gesetz klar eingehalten werden. Aber das Gesetz hat auch seinen Spielraum. Der Sprechende fragt sich, ob sich das gesamte Naturfreundehaus im Hochmoor befindet. Wenn nicht, hat man dazumal verpasst, den Umschwung des Hauses etwas grösser zu ziehen. Dann gäbe es heute dieses Theater gar nicht. Dies muss man anschauen und klar sehen wohin man will.

Judith Mathis-Wicki möchte ein paar Sachen klar stellen. Enrico Ercolani sagte, dass sich die Kegelbahn in einer Übergangszone befindet. Dagegen widerspricht sie, denn die Kegelbahn liegt klar auf dem Grundstück des Hochmoors und nicht auf einer Übergangszone. Die Pro Natura wollte die Vereinbarung machen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Sie schlug vor die Kegelbahn zu verlegen, da sie grundsätzlich nichts gegen die Kegelbahn hat, denn sie ist lediglich am falschen Platz. Klar wenn dies nicht geht, muss sie sich gerichtlich und gesetzlich dagegen einsetzen. Sie hatte also keine andere Wahl. Die Eigentümerschaft war zur Zeit der Übernahme darüber informiert, dass die Kegelbahn illegal ist und vermutlich abgebrochen werden muss. Das war kein Geheimnis. Aus ihrer Sicht gehen weit über 90 % wegen der Natur in den Hochwald und nicht wegen der Kegelbahn. Kegeln kann man im Siedlungsgebiet genügend. Wenn man schon von Gewinnern und Gewinnerinnen spricht, muss man genau diesen Platz wieder der Natur zurückgeben und nicht der Kegelbahn überlassen.

Bruno Bienz kommt auf die Aussage von Enrico Ercolani zurück, dass Herz gefragt ist. Ja, alle sollen die Grünen befürworten. Dem Sprechenden gefällt eine Kegelbahn auch, aber man soll sein Engagement fokussieren. So kann beispielsweise ein Alpenkegelverein gegründet werden, damit der Gemeinderat schauen kann, wohin die Kegelbahn versetzt werden kann. Dann ist das Problem gelöst. Aber man kann nicht einfach Gesetze brechen und alles zurechtbiegen, wie es einem gerade passt.

Gemäss Matthias Senn wurde dem Gemeinderat suggeriert, dass er mit seinem Entscheid vom 14. Dezember 2016 widerrechtlich gehandelt hat. Dies ist nicht wahr, denn der Entscheid ist in Rechtskraft erwachsen. Klar wurde bedauert, dass kein Gericht darüber entschieden hat. Der Gemeinderat hat sich bei seinem Entscheid sehr wohl von bisherigen Gerichtsentscheiden leiten lassen. Bei allen Hochwaldgebäuden wurde ein Raster erstellt. Wenn ein Objekt nicht nachträglich bewilligt werden kann, was mehrheitlich der Fall ist, wurde geprüft ob der

Rückbau erfolgen muss oder eine Duldung vorliegt. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtes hat die Duldung bzw. die Verwirkung ausserhalb der Bauzone gutgeheissen. Dies ist nur der Fall, wenn übergeordnetes öffentliches Interesse nicht verletzt wird. Dies fällt in die Abwägung der Exekutive. Der Gemeinderat hat diese Interessenabwägung mit dem Alpenkulturgut vorgenommen. Weiter wurde die Frage gestellt, ob die Kegelbahn das Moor wirklich verletzt. Bei Verletzung geht es um den Nährstoffeintrag und den Wasserhaushalt des Moores. Diese Frage kann der Gemeinderat nicht beantworten. Dafür muss ein Lokalgutachten eines Spezialisten erstellt werden. Es wurde richtig festgestellt, dass das Naturfreundehaus genau am gleichen Ort steht und somit eigentlich auch im Schutzgebiet. Das Naturfreundehaus wurde jedoch 1957 erbaut und damals gab es noch keine Schutzverordnung des Forenmooses oder Widenmöösl. Es braucht nicht viel Fantasie, um festzustellen, dass wenn etwas den Nährstoffeintrag oder Wasserhaushalt stört, dann ist es eher das Naturfreundehaus mit seinem Keller. Die Kegelbahn wurde an der Oberfläche gebaut. Nun kommt er zur Frage der Übergangszone. Die Schutzzone des Hochwaldes hat verschiedene Gebiete. Einerseits ist sie aufgeteilt in das Kerngebiet und Pufferzonen. Das Kerngebiet ist das eigentliche Hochmoor. Die Pufferzonen sind eine Art Übergangsbereich, welche jedoch auch zum Schutzgebiet gehören. Deshalb gelten die gleichen Bestimmungen wie im Kerngebiet. Es ist ein interessanter Gedanke zu prüfen, ob die Versetzung der Kegelbahn möglich ist. Dann gilt jedoch ganz klar die Gesetzgebung von heute. Dafür muss ein Baugesuch gestellt werden und es gelten natürlich strengere Regeln als anno 1970. Etwas Schmunzeln musste der Sprechende beim Vergleich des Bauinventars. Der Gemeinderat hat bei der Begründung der Duldung eine kreative Wortschöpfung gemacht, als er geschrieben hat, dass es sich um ein Alpenkulturgut handelt. Dies kann man nicht mit einem Objekt aus dem kantonalen Bauinventar vergleichen. Das Wort Kultur kann sehr vielseitig genutzt werden. Auch Alphornmusik ist Kultur. Der Gemeinderat hat einfach den Volkssport Kegeln in den Alpen als Alpenkulturgut bezeichnet.

Erich Tschümperlin hat heute erfahren, dass der Entscheid rechtskräftig ist, weil die Einsprache zurückgezogen wurde. Nichtsdestotrotz möchte er wissen, aufgrund welches Artikels in der Schutzverordnung der Gemeinderat eine Duldung bewilligt hat. Darin sind alle Gründe für eine Ausnahme aufgeführt. Seines Wissens können Ausnahmegewilligungen nicht erteilt werden, wenn es gesetzlich nicht vorgesehen ist.

Gemäss Matthias Senn ist es ganz klar keine Ausnahmegewilligung. Eine Ausnahmegewilligung ist eine Baubewilligung, welche aufgrund irgendwelcher Ausnahmebestimmungen erteilt worden wäre. Die Baubewilligung wurde abgelehnt und der Eigentümer ist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes verpflichtet. Gerichtsentscheide sagen nun, dass wenn die Behörde 30 Jahre lang bei einer illegalen Baute nicht ein nachträgliches Baubewilligungsverfahren verlangt hat, dann ist diese Baute verwirkt. Das heisst, sie kann stehen bleiben, auch wenn diese nicht bewilligt wurde. Darum stellt sich hier nur noch die Frage wegen dem übergeordneten öffentlichen Interesse. Dass die Kegelbahn schon mehr als 30 Jahre steht, ist völlig unbestritten.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Koch: Für den Erhalt der Naturkegelbahn beim Naturfreundehaus als einmaliges Kulturgut (Nr. 104/18)

Das Postulat wird mit 16:10 Stimmen überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja

Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja

5. Beantwortung Interpellation Zellweger: Wofür genau geben wir unser Geld aus? Nr. 055/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt die Vertreterin des Interpellanten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Michèle Binggeli wünscht eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Michèle Binggeli spricht in Namen von Martin Zellweger. Der Interpellant dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Wie vom Gemeinderat in seiner Antwort richtig festgestellt wurde, geht es bei der Fragestellung dieser Interpellation in keiner Weise um eine Kritik am Velo-Highway. Das ist grundsätzlich eine gute Sache. Die Fragestellung der Interpellation zielt viel mehr auf die Verhältnismässigkeit im Umgang mit finanziellen Mitteln und der diesbezüglichen Kommunikation der Gemeinde. Der Bedarf zur Klärung der erfolgten Fragestellungen ergibt sich massgeblich aus den Presseartikeln, welche im Rahmen der Eröffnung des Velo-Highways in diversen Publikationen u.a. in der Luzerner Zeitung erschienen sind. Da der Gemeinderat keine diesbezügliche Kommunikation vorgesehen hat und hatte, war die Interpellation eine Chance zur Klärung. Als erstes wurde der immense Betrag von Fr. 200'000.00 für die Eröffnung eines 4 Mio. Franken Projektes erstmals über die Presse bekannt. Als projekt-beteiligte Gemeinde mit knappen finanziellen Ressourcen schreckt man bei solchen Nennungen auf. Das dürfte auch dem Gemeinderat klar sein. Ein paar klärende Worte des Krienser Gemeindepräsidenten als Antwort auf diese Information in der Presse wäre ja vielleicht schon hilfreich gewesen. Anstelle dessen liest man in der Zeitung, dass Kriens ja eigentlich nicht genau weiss, wieviel sie daran zahlt und dass man ja auch für jede Autobahnraststätte ein Eröffnungsfest macht. Nun zum Thema der Verhältnismässigkeit von Eröffnungsfesten. Dass der Luzerner Stadtrat ein Budget von Fr. 200'000.00 für die Eröffnung eines 4 Mio. Franken

Projekts als angebracht findet, ist nicht Sache von Kriens. Soviel der Interpellant versteht, ist man sich in Kriens jedoch nicht gewohnt, in derselben Weise mit der grossen Kelle anzutreten. Wie bei der Eröffnung des Kirchbühlschulhaus vor ein paar Wochen, welches ein weitaus grösseres Projektbudget betrifft als die 4 Mio. Franken für den Velohighway, so veranstaltet man in Kriens ein Fest mit dem Hochkomma zwischen den vielen Nullen von 200'000. Und trotzdem, es scheint die Gemeinde irgendwie nicht so richtig zu interessieren, wieviel ihr Anteil an der Highway-Eröffnungsfeier ist. So lesen sich die Antworten des Gemeinderates zumindest. Nun deshalb zum Thema Kommunikation als 2. Punkt. Wenn man dann der Presse entnehmen muss, dass Kriens mit der Projektbeteiligung von Fr. 500'000.00 nicht einmal weiss, wieviel Kriens am Fest mitfinanziert, dann läuten doch schon die Alarmglocken. Hat der Gemeinderat nicht das Gefühl, dass diese Kommunikation auf ein absolutes Unverständnis bei vielen Kriensern stösst. Da hörte man Aussagen wie: *„Das Geld wäre besser für den weiteren Ausbau der Veloinfrastruktur verwendet worden, als für eine, von der öffentlichen Hand finanzierten Veloausstellung.“* Auch der Beantwortung der Interpellation entnimmt Martin Zellweger, dass Kriens sich einfach mit Fr. 500'000.00 am Bauprojekt beteiligt, aber nicht weiter weiss, wie das Geld eingesetzt wurde oder man im Projekt nicht involviert war. Auch scheint Kriens weiter keinen Einfluss auf den Umgang mit den Mitteln im Zusammenhang mit dem Eröffnungsfest genommen zu haben. Und dann als 3. Punkt profitieren noch kommerzielle Anbieter von Fahrrädern, wie die Migros und andere grosse Anbieter, von der öffentlichen Hand. Die diesbezügliche Antwort in der Interpellation hat Martin Zellweger, trotz des ernstzunehmenden Themas, schon eher zum Schmunzeln gebracht, denn sie wirkt eher unbeholfen. Ja, selbstverständlich berappen die Aussteller Personal, Essen, Transport aber auch Standinfrastruktur selber. Eine Ausstellung bei der vom Veranstalter der Transport oder Personal noch bezahlt wird, hat auch er noch nicht gefunden. Nein, hier geht es um die Finanzierung einer Plattform zur öffentlichen kommerziellen Ausstellung, finanziert durch die öffentliche Hand und zwar wie man gesehen hat mit grosser Kelle, nämlich Fr. 200'000.00. Für diese Leistung ist ein Beitrag eines Ausstellers absolute Usanz. Nur mit der Begründung um genügend Anbieter zu verpflichten, auf einen Beitrag zu verzichten, kann doch nicht ernst sein. Bei solchen Veranstaltungen wird meist eine Gebühr ins Verhältnis der betriebenen Werbung gesetzt. Und mit diesem Budget wäre die Bereitschaft bei den vielen potenten Anbietern einen Beitrag zu leisten sicher vertretbar gewesen. Ein solcher Beitrag an die kommunalen Ausgaben für diese für's Geschäft interessante Plattform, wäre also mehr als angebracht gewesen. Wie gesagt, bei dieser Interpellation ging es um Verhältnismässigkeit im Umgang mit finanziellen Mitteln und Gespür bei der Kommunikation. Die Interpellation war ein Angebot an den Gemeinderat, die Kommunikation nachzukorrigieren und richtig zu stellen. Für Martin Zellweger wurde dieses Ziel nicht erreicht. Er bedankt sich trotzdem für die Beantwortung.

Davide Piras, CVP/JCVP-Fraktion stellt fest, wer an der Eröffnung des Freigleises war, kann mit Bestimmtheit sagen, dass es ein gelungenes Fest war. Aus den Antworten kann entnommen werden, dass der Bau des Freigleises für Kriens ein guter Deal war. Das Freigleis liegt mit 50 % auf Krienser Boden. Am Bau, welcher 4.8 Mio. Franken und somit fast 5 Mio. Franken gekostet hat, hat sich die Gemeinde mit 0.5 Mio. Franken resp. 10 % beteiligt. Ein weniger guter Deal war aus ihrer Sicht, dass man am Fest keine Standgebühren erhoben hat. Dies erschien ihr nicht wirklich als ehrlich gegenüber anderen Krienser Anlässen. Beispielsweise zahlt jeder Verein oder Unternehmen an der Krienser-Chilbi eine Standgebühr. Wird diese nächstes Jahr vielleicht auch mal ausgelassen für Krienser Unternehmen und Vereine? Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die offene Darlegung der Fakten in der Interpellation. Klar ist nicht immer alles offen, aber so ist es halt.

Räto Camenisch, von der SVP-Fraktion, ist ungewollt mit seinem Velo an dieses Fest geraten. Es war eine riesige Veranstaltung. Davon war er völlig platt. Wenn er dies nun Revue passieren lässt, hat es sicher mehr als Fr. 200'000.00 gekostet. Aber wie viele private Unternehmer

Beiträge geleistet haben, weiss man ja nicht. Hier wurde sicher mit der grossen Kelle ange-richtet. Das ist Vergangenheit und ist somit erledigt. Für die Zukunft muss der Gemeinderat in dieser Frage sensibler sein. Im Einwohnerrat wird ja um jede 10er Note gerungen. Warum ist 50 % des Velo-Highways auf Krienser Boden? Er kann nachhelfen. Beim Bahnbau vor über 100 Jahren hat die Stadt Luzern die Bewilligung auf der Allmend verweigert. Die Strecke wurde dann genau an der Grenze auf Krienser Boden gebaut. Darum befindet sich 50 % auf Krienser Boden.

Roger Erni, FDP-Fraktion möchte wissen, ob es nun eine Schlussabrechnung gibt, da dies bereits schon neun Monate her ist? Der Betrag von Fr. 200'000.00 fürs Velofest hat den Interpellanten dazu gebracht die Fragen zu stellen. Auch die FDP-Fraktion sieht die Standgebühren als Wehrmutstropfen. Erst einem Artikel vom 12. Mai 2017 konnte dies entnommen werden und das Fest fand einen Tag später am 13. Mai 2017 statt. Der Sprechende fuhr auch von der Allmend her nach Luzern und kam nicht drum herum. Man wurde vom ganzen Fest überrumpelt. Es wurden mehr als 10'000 Leute erwartet. Wie viele waren es schlussendlich wirklich? Die Aussage von Cyrill Wiget, dass einzig auf eine Gebühr für den Grund bewusst verzichtet wurde, ist in diesem Zusammenhang heikel.

Gemäss Raphael Spörri, SP-Fraktion, müsste man eigentlich über den Vorstoss von Martin Zellweger froh sein. Denn die Beantwortung zeigt klar auf, dass nicht jede Ausgabe und sei sie nach eigener Ansicht überflüssig, auch wirklich überflüssig ist. In irgendeiner Weise kann eine scheinbar unnütze Investition von Vorteil sein, ja sogar an anderen Orten Einnahmen generieren. Ob die Fragen nun wirklich aus einem provokativen Grund oder aus Unkenntnis gestellt wurden, kann der Sprechende nicht beurteilen. Die Beantwortung aber zeigt klar auf, dass ein solches Velofest positive Auswirkungen auf Strategien, Finanzen und selbst den MIV zeigt. Stellt man sich vor, und folgt auch der Beantwortung, führt der neue Veloweg zu merkbarer Entlastung im Strassenverkehr. Folgen daraus können sein:

- weniger Belastung im Strassenverkehr durch umsteigen aufs Velo
- bessere Erreichbarkeit der Arbeitsorte durch das Gewerbe
- weniger Unfälle mit Beteiligung von Velos
- weniger Belastung der Umwelt

Das sind alles Werbemassnahmen, die durch dieses Fest generiert werden konnten. Und jetzt folgt der Clou, nämlich es erfolgte alles ohne einen Spezialbeitrag an die Eröffnungsfeier. Das war wirklich ein guter Deal. Und das Beste zum Schluss. Um das ganze Fest und all die genannten Vorteile noch zu bewerben wird ein Fest veranstaltet, welches beste Werbung für die Verkehrsstrategie ist. Auch seine Worte und die Behandlung hier im Rat sind schlussendlich beste Werbung für einen Verkehrsträger den man in Zukunft fördern muss. Das ist doch wirklich Geld am richtigen Ort ausgegeben. Oder soll er sagen gespart?

Die Grüne/GLP-Fraktion hat es laut Tomas Kobi nicht überrascht, dass dieser Vorstoss eingereicht wurde. Die SVP muss da ja aktiv werden. Auch ist sie der Meinung, wie der Interpellant, dass die «Schnellstrasse» eine gute Sache ist. Keine Frage: Die neue, zwei Kilometer lange, Velo-Fussgänger-Achse zwischen Luzern und Kriens ist ein Quantensprung. Mit viel Volk und Bravour wurde die neue Velo-Fussgänger-Achse, als «Freigleis» eingeweiht. Nun will der Interpellant wissen, mit welchem Betrag sich Kriens beteiligte. Kriens hat einen Kostenteiler ausgemacht. Die Antwort gab der Gemeinderat in der Beantwortung der ersten Frage. Im Budget 2014 ist dies, wie bereits bekannt mit gut 10 % der Gesamtkosten, also Fr. 500'000.00 enthalten. Im Weiteren will der Interpellant unter anderem wissen, wie sich der Gemeinderat dazu stellt, dass diversen Anbietern eine gratis Ausstellung finanziert wurde. Von den über

100 Ausstellern, die den Anlass als Plattform für sich nutzen konnten, wurde gemäss Antwort des Gemeinderates auf eine Standgebühr verzichtet. Nach Ansicht der Grüne/GLP-Fraktion war dies nachvollziehbar, weil dadurch den verschiedenen Akteuren eine Chance gegeben wurde, sich zu präsentieren und zu vernetzen. Hier ist ausserdem anzumerken, dass die Standbetreiber auch mit Auflagen ihre Stände erhalten haben, damit sie einen aktiven Beitrag ans «Freigleis» leisten, indem sie für das Fest Kindervelos und ähnliches zur Verfügung zu stellen hatten. Sie ist der Meinung, dass dies für die Sache zweckmässig war. Sonst kann hier auch auf folgendes hingewiesen werden: Jede Tunnelöffnung, ob für Bahn oder Auto wird ebenfalls gebührend gefeiert. Es ist eigentlich nicht nachvollziehbar, weshalb die SVP gegen ein Volksfest sein kann. Ausserdem werden von ihr praktisch nie Fragen gestellt bezüglich Kostenbeteiligung, wenn es um Anlässe geht, die ihren Gusto entsprechen wie z.B. dem Fliegerschiessen Axalp ob Brienz der Schweizer Armee.

Erich Tschümperlin möchte feststellen, dass er das erste Mal in Einwohnerrat gehört hat, dass sich sowohl die SVP und die FDP über fehlende Gebühren beklagt hat. Bisher wurden alle Gebühren vehement bekämpft. Heute fordern sie Gebühren. Der Sprechende kommt gerne einmal darauf zurück.

Cyrril Wiget stellt fest, dass das Wort des Tages die Verhältnismässigkeit zu sein scheint. Der Meccano dahinter ist wichtig, wenn nun die Detailfragen gestellt werden. Kriens war nicht die Bauherrschaft, sondern die Stadt Luzern hat den ganzen Weg gebaut und das Eröffnungsfest organisiert. Kriens hat zum Eröffnungsfest auch gar keinen Einfluss genommen. Nach der Eröffnung wurde der Weg zu Nutzen und Schaden der Gemeinde Kriens übergeben. Mit gut 10 % hat Kriens die Baukosten inkl. Fest übernommen. Die Gemeinde hat keinerlei Schaden erfahren, egal wie teuer schlussendlich das Fest war. Die Frage der Verhältnismässigkeit kann man sich stellen. Klar andere Feste kosten auch, aber im Verhältnis zu anderen, war es sicher teurer. Der Gemeinderat möchte sich dazu nicht weiter äussern, da mit der halben Million alles abgedeckt war. Es bestand auch nie ein Risiko für die Gemeinde. Es wurde korrekt festgestellt, dass man die Standgebühren hätte einziehen können. Die Idee des externen Büros, welches das Fest organisiert hat, war es, dass es leichter fällt die Unternehmen mit ihren Attraktionen zu gewinnen, wenn diese nicht noch mit Gebühren belastet werden. Die wenigen Gebühren hätten den Gesamtbetrag nicht wirklich geschmälert. Es kann als unsensibel bezeichnet werden, dass die Gebühren nicht eingezogen wurden. Das gelungene Fest beweist, dass es wirklich Attraktionen waren. Es war ein Volksfest und daran darf man Freude haben.

6. Postulat Piras: „Moderns und suubers Chriens“ mit der neuen Gemeinde-App Nr. 071/17

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Davide Piras fordert ein ganz einfaches App für Smartphones für ein modernes und sauberes Kriens. Weshalb modern? 90 % der Anwesenden haben ein Smartphone und dieses trägt man im Alltag mit sich. Es begleitet und vereinfacht den Alltag. Es ist fast undenkbar ohne ein Smartphone zu leben. Sogar die ältere Riege ist davon betroffen und nicht nur die Jungen.

Eine digitale und schlanke Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung fehlt noch. Mit einer App kann er sich vorstellen, diese Brücke zu schliessen, um den Zugang zu erleichtern. In seinem Postulat hat er nicht nur ein modernes, sondern auch ein sauberes Kriens verlangt. Dies war der hauptsächliche Auslöser für seinen Vorstoss. Wer auf Social Media wie Facebook unterwegs ist, sieht, dass unter verschiedenen Rubriken immer wieder Littering Szenen aus Kriens veröffentlicht werden. Viele Leute regen sich dann darüber auf, dass dies von der Gemeinde nicht beseitigt wird. Zum Teil gibt es auch einen Shitstorm auf die Verwaltung, was der Sprechende nicht ganz korrekt findet. Genau diejenigen, welche es posten, melden es nicht der Gemeinde. Der Sprechende ist nicht wütend auf diese Personen, sondern hat sich überlegt, was diesen Leuten angeboten werden kann, um es der Gemeinde melden zu können. Er ging auf die Suche und stiess auf breite Resonanz. Diese Lücke gibt es nicht nur in Kriens, sondern auch in vielen anderen Städten der Schweiz. Zürich ist die Ausnahme und hat als Grossstadt selbst etwas programmiert. Es gibt aber ganz viele einzelne Gemeinden, wie beispielsweise Büron, Köniz und Schlieren. Der Sprechende ist dann auf die Firma Anthrazit gestossen, welche diese Lücke schliesst. In Gesprächen mit anderen Gemeinden hat er erfahren, dass diese App's wirklich gebraucht werden. Bürger melden sich per App, wenn sie einen Schaden oder Littering sehen. Die Meldung geht nicht einfach an eine Info-Adresse, sondern direkt an das richtige Departement. Auch in anderen Städten wurde eine solche App gefordert, wie von Philipp Müller von der FDP in Dietikon. Bezüglich den Finanzen wird es keinen grossen Wurf geben. Durch diese App können Doppelspurigkeiten verhindert werden. Kriens kann so als fortschrittliche Schweizer Gemeinde dargestellt werden und bietet der Bevölkerung einen modernen und einfachen Weg zur Kommunikation.

Alfons Graf von der SVP-Fraktion muss etwas retuschieren. Wäre es nach dem Willen der CVP gegangen, so hätte der Einwohnerrat in der letzten Einwohnerratssitzung ihre Entscheidungskompetenz für die Beschaffung von Grundstücken in unbegrenzter Millionenhöhe aufgeben sollen. Dank dem Antrag der SVP und dem Kompromissvorschlag der FDP konnte dies verhindert werden. Dass man jetzt mit diesem Postulat dem Gemeinderat für Fr. 3'000.00 vorschreiben möchte, welche Technologie er für die Kommunikation einsetzen soll, wirkt jetzt aber schon ein bisschen verhältnisstrapazierend. Nur der Vollständigkeit halber muss dann noch erwähnt werden, dass die Apps zusätzlich auch laufende Kosten verursachen. Im Speziellen werden im genannten Beispiel die vertraulichen Kundendaten ja auch auf Anthrazit AG Servern und nicht bei GICT gehostet. Die Gemeinde Kriens hat ihre Webseite neu gestaltet. Einer der wesentlichen Gründe dafür war die Schaffung eines sogenannten „Responsive Design“. Responsive Design bedeutet, man kann die Website auf einem PC, aber auch auf einem mobilen Gerät wie ein Tablet oder Handy bestens nutzen, da sie automatisch der Grösse angepasst wird. Dies kann man ja selber anhand der Krienser Webseite bestens prüfen. Lässt man doch jetzt die Gemeinde auch die geschaffenen Hilfsmittel nutzen in die bereits investiert wurde. Ob da schrittweise weitere Informationen und Bürgerinteraktionen eingebaut werden, das wird wohl im Kommunikationskonzept der Gemeinde Platz finden. Man muss den Gemeinderat nicht damit beschäftigen, dem Einwohnerrat dazu noch einen Bericht zu unterbreiten. Der Sprechende geht davon aus, dass der Gemeinderat die durchaus guten Ideen des Postulats in Bezug auf die Kommunikation mit den Bürgern aufgreift, und falls er das Budget hat, solche Möglichkeiten in die neu geschaffene Plattform einbaut, sofern dies sinnvoll ist. Vielleicht gibt es aber prioritäre Entscheide und da will doch der Einwohnerrat nicht in die Feinchirurgie der Gemeinde eingreifen. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Daniel Rösch, FDP-Fraktion, stellt fest, dass Smartphones in unserem Alltag einen immer prominenteren Stellenwert einnehmen. Dies ist über alle Altersklassen der Gesellschaft festzustellen. Das Smartphone hat den Zugang zu Informationen und deren Interaktion revolutioniert. Im Oktober 2016 wurden weltweit erstmals mehr Internet-Webseiten durch Smartphones aufgerufen, als durch herkömmliche Desktop-PCs. Es überrascht daher nicht, dass Unter-

nehmen oder Organisationen vermehrt in Form einer App auf den Smartphones präsent sein wollen. Auch der Postulant will diesem Trend nachgehen und verlangt in seinem Vorstoss, dass der Gemeinderat die Einführung einer eigenen Gemeinde-App prüft. Eine App muss primär nicht einem Trend gerecht werden, sondern für den Anbieter und für die Endbenutzer einen entsprechenden Mehrwert generieren. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Einführung einer eigenen Gemeinde-App keinen spürbaren Mehrwert für die Endbenutzer generiert. Auch seitens Anbieter, also der Gemeinde, sieht sie keinen Mehrwert. Seit 2015 nutzt die Webseite der Gemeinde ein „Responsive-Design“. Durch dieses ist die korrekte Darstellung der Webseite auf verschiedenen Endgeräten gewährleistet. Dies schliesst auch Smartphones mit ein. Die Informationen der Gemeinde sind also heute schon Smartphone-gerecht verfügbar. Der Postulant gibt in seiner Begründung zwei konkrete Anwendungsbeispiele, welche durch eine App abgedeckt werden könnten. Zum einen ist dies der Abfallkalender. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Entsorgungsdaten heute schon online auf der Webseite ersichtlich sind. Falls es dafür jedoch zwingend eine App braucht, müsste dies im Rahmen des Gemeindeverbands REAL geklärt werden. Durch eine offizielle App von REAL könnte eine grössere Benutzerbasis erreicht werden. Die Kosten wären für die Gemeinde Kriens zudem geringer. Zum anderen wird ein „Stadtmelder“ als Anwendungsbeispiel erwähnt, womit die Bevölkerung z.B. Schäden direkt mit Hilfe eines Fotos melden könnte. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es für diesen konkreten Anwendungsfall keine mobile App benötigt. Es gibt heute schon Techniken, womit diese Art der Interaktion auf der mobilen Webseite umgesetzt werden kann. Die vom Postulanten beschriebene App-Lösung würde zudem einen zusätzlichen administrativen Aufwand für die Verwaltung mit sich ziehen. So müsste man zum Beispiel den Inhalt der Webseite und den Inhalt der App jeweils separat pflegen. Die FDP-Fraktion ist nicht gegen den technologischen Fortschritt. Vielmehr ist sie in diesem Fall jedoch der Ansicht, dass eine eigene App-Lösung auf Stufe Gemeinde keinen Sinn macht, wenn dort dieselben Informationen wie auch auf der Gemeinde-Webseite ersichtlich sein sollen. Zu diesem Schluss kommt nicht nur die FDP-Fraktion, sondern auch ein Professor der Hochschule Luzern vom Departement Informatik. Vielmehr soll die Gemeinde ihre Energie in die Pflege und die kontinuierliche Verbesserung der Webseite investieren. Eine Verbesserung wäre beispielsweise die Erhöhung der Interaktion, damit man mit einem Foto mit der Gemeinde kommunizieren kann. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion die Überweisung des Postulats ab.

Die SP-Fraktion ist laut Yasikaran Manoharan grundsätzlich nicht abgeneigt gegenüber eines solchen Apps. Sie kann sich dies durchaus vorstellen. Vor der Umsetzung muss man sich jedoch wichtige Fragen stellen, wie: Was möchte man damit bezwecken? Welche Erwartungen hat man an das App? Ist ein App das geeignete Medium, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten? Als Diskussionsplattformen haben sich bisher andere Medien bewährt, wie beispielsweise Facebook, Twitter etc. Die Gemeinde Kriens ist sehr aktiv auf Facebook. Dort entsteht auch eine Diskussion und es gibt Rückmeldungen. Das hat sich bisher recht gut bewährt. Apps werden vorwiegend zur Informationsbeschaffung oder zur Unterhaltung genutzt. Die SP-Fraktion ist noch skeptisch, ob hier wirklich eine Kommunikation oder Interaktion bezweckt werden kann. Daher muss zuerst eine gute Analyse stattfinden und ein gutes Konzept erstellt werden, bevor man hier viel Geld in die Hände nimmt. Es sollen nicht tausende von Franken investiert werden und nur 50 Personen nutzen dies. Es muss schon Sinn und Zweck machen, denn auch hier ist die Verhältnismässigkeit gefragt. Wenn ein solches App gemacht wird, soll es übersichtlicher und bedienerfreundlicher sein, als die Webseite. Die Umsetzungskosten sind das eine, aber die tägliche Betreuung eines solchen Apps wird auch zusätzliche Kosten verursachen. Die SP-Fraktion hat nichts gegen ein solches App, aber zuerst müssen noch Fragen beantwortet werden.

Gemäss Bruno Bienz ist dies für die Grüne/GLP-Fraktion nicht erste Priorität. Er denkt auch nicht, dass dies bei der Bevölkerung und der Gemeinde eine hohe Priorität hat. Wichtiger wä-

re, dass die Homepage immer aktuell und bedienerfreundlich ist. Das dient der Bevölkerung mehr. Nicht vergessen darf man auch, dass es dafür mehr Ressourcen braucht. Man kann dies nicht einfach der Verwaltung aufdrücken und es muss im gleichen Arbeitspensum gemacht werden. Der Einwohnerrat gibt der Verwaltung gerne Aufträge, aber bezahlen möchte es dann niemand. Die Kosten für die Entwicklung müssen in einem Verhältnis stehen. Im Sinne einer Prüfung zur Klärung eines Mehrwertes ist die Grüne/GLP-Fraktion für Überweisung des Postulats.

Davide Piras dankt für die lehrreichen Voten. Es muss nichts Neues entwickelt werden. Der Sprechende hat nach einer Standard-Lösung gesucht. Er hat sich schon auch Gedanken zur Aufwertung von Informationen gemacht. Wenn er ein Postulat schreibt, versucht er wirklich alle Informationen zusammenzutragen, damit es eine Entscheidungsgrundlage gibt. Darunter fallen auch die Finanzen. Wenn die Finanzen nicht abgeklärt werden, wird man mit dem Bericht des Gemeinderates eventuell überrascht, weil dann ein sehr hoher Betrag genannt wird. Dann macht man etwas falsch. Nun hat er die Finanzen erwähnt und es ist auch falsch. Er hat einfach gesagt, wie viel es kostet. So weiss man, um was es geht. Davide Piras hat sich auch die Frage gestellt, ob das App mit der Webseite verbunden werden kann. Dies hat er mit der Firma Anthrazit abgeklärt. Sie bestätigte, dass dies mit Backslash kein Problem ist. So muss nicht zweimal die gleiche Information aufgewertet werden. Ist es ein Bedürfnis? Ja, es ist ein Bedürfnis. Man sieht es auf Facebook und aus dem Freundeskreis. Eine Responsive Webseite gibt keine Meldung, das beispielsweise Morgen Papiersammlung ist. Es soll nicht die Diskussionsplattform von Facebook ersetzen. Es soll nur als Plattform dienen, um eine Meldung machen zu können, wenn man etwas sieht. Haben die Gegner die Apps der anderen Gemeinden angeschaut? Wenn man diese installiert, sieht man, dass es eine tolle Sache ist.

Räto Camenisch führt aus, weshalb er gegen die Überweisung ist. Er ist selbstverständlich nicht gegen eine App. Das Problem besteht darin, dass man zu viele Apps auf den Smartphones hat. Er kann sich vorstellen, dass eine Gemeinde App einmal ein Bedürfnis werden kann. Die genannten Kosten von Fr. 3'000.00 reichen für die Betreuung der App nicht aus. Der Sprechende glaubt jedoch nicht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt zum Beschluss eines Denkmals ist. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit in seiner Finanzkompetenz so etwas zu realisieren. Dafür braucht es keinen Beschluss des Einwohnerrates. Die Pflege der Webseite ist sicher wichtiger, als von so einer App. Es ist wünschbar, aber nicht nötig. Wenn jetzt dazu ja gesagt wird, wird dem Gemeinderat der Auftrag erteilt und es wird eine solche App geben.

Anita Burkhardt-Künzler findet die Aussage zum Denkmal setzen schräg. Es gibt auch viele Vorstösse der rechten Seite, bei denen sie denkt, dass sie sich auch nur ein Denkmal setzen möchten. Der Gemeinderat möchte ja das Postulat entgegennehmen. Mit dem neuen Gemeindehaus wird sich auch vieles ändern. Die Verwaltung wird neu aufgegleist. Damit hätte die Gemeinde ein Instrument zur Überprüfung, ob sich in diesem Zusammenhang eine App lohnt. Klar wurde die Webseite erneuert, aber mit der Zügelte wird diese nochmals überarbeitet werden. Wieso soll es dann nicht gleich mit einer App gekoppelt werden, was an anderen Orten ja sehr gut läuft? Die Sprechende ist die allerletzte, welche mit einem App viel anfangen kann, denn mit ihrem alten Handy geht das nicht. Sie glaubt aber der Einwohnerrat hat sich schon viele Male gefragt, wie die Jungen erreicht werden können. Eine App ist für die Jungen ein Instrument, mit dem man ohne Hemmschwellen mit der Gemeinde interagieren kann. Es wird hier nicht beschlossen, dass es ein App gibt. Dem Gemeinderat wird lediglich ein Auftrag gegeben, dass er das ganze überprüfen soll. Wenn der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass es für ihn nicht stimmt, dann akzeptiert sie das auch. Eine Überprüfung würde sich trotzdem lohnen. Deshalb soll man sich einen Ruck geben und das Postulat überweisen.

Gemäss Rolf Schmid müssen heute einige Traktanden abgebaut werden und dafür verbleibt nur noch eine Stunde. Heute kam einige Male das Wort Verhältnismässigkeit zur Sprache. Er bittet auch bei den Diskussionen verhältnismässig zu bleiben. Er dankt, wenn man heute noch etwas vorwärts macht.

Daniel Rösch kommt auf die erwähnten Interaktionen der getesteten Apps zurück. Push-Nachrichten sind heute schon möglich. Der Abfallkalender kann mit dem eigenen Kalender synchronisiert werden. Zudem hat der Sprechende die genannten Apps sehr wohl angeschaut, auch zusammen mit einem Experten. Ihn hat die Qualität der Apps nicht überzeugt, vor allem weil sie die gleiche Technologie wie die Gemeinde-Webseite nutzen. Es basiert auch auf HTML-Technologie. Somit ist es nicht schneller und intuitiver als die Webseite. Zudem ist er auch der Meinung, dass es Veränderungen geben wird, wie beim Corporate Design. Deshalb gibt es sicher Anpassungen auf der Webseite. Wenn das der Fall ist, kann die Möglichkeit der Interaktion umgesetzt und ein App eingeführt werden.

Erwin Schwarz dankt für das Postulat, aber er ist trotzdem dagegen. Er ist gegen Doppelspurigkeiten. Er ist während der Debatte auf die Homepage gegangen und ist innert 5 Sekunden bei Entsorgung und Versorgung gelandet. Mit Erstaunen stellte er fest, dass hier defekte Strassenlampen gemeldet werden können. Bisher wusste er das noch nicht. Noch mit grösserem Erstaunen stellte er fest, dass es in Kriens ein Recyclingtaxi gibt. Deshalb ist er wegen der Doppelspurigkeit gegen die Überweisung.

Davide Piras dankt Erwin Schwarz für den Hinweis mit den Lampen, aber wer das KriensInfo gelesen hat weiss, dass dies gar nichts mit der Gemeinde zu tun hat. Das wird der ewl und der CKW gemeldet. Das App bildet keine Doppelspurigkeit, sondern eine moderne und einfache Art, dass die Jungen mit der Krienser Verwaltung interagieren können. Dieser Trend wird kommen.

Gemäss Cyrell Wiget hat der Gemeinderat dies bereits geprüft, aber er prüft es gerne nochmals.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Piras: „Moderns und suubers Chriens“ mit der neuen Gemeinde-App (Nr. 071/17)
Das Postulat wird mit 14:12 Stimmen überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein

Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja

7. Postulat Burkhardt: Spielplatz Brunnmatt auch am Wochenende Nr. 073/17

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

8. Beantwortung Interpellation Manoharan: Zwischennutzung von leerstehenden, gemeindeeigenen Räumlichkeiten Nr. 062/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Yasikaran Manoharan wünscht keine Diskussion und bedankt sich beim Gemeinderat.

9. Postulat Tanner: Kleidersammlungen in der Gemeinde Kriens Nr. 088/17

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

10. Beantwortung Interpellation Büchi: Steuerertrag und Bevölkerungsdichte nach Quartieren Nr. 065/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Cla Büchi wünscht eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Ehrlich gesagt, hat Cla Büchi die Beantwortung schon etwas gewundert. Gelinde gesagt ist sie dürrtig, sehr dürrtig. In Luzern und Emmen sind ähnliche Vorstösse beantwortet worden. Und wenn Kriens eine eigenständige und aufstrebende Stadt sein will, muss sie künftig auch imstande sein, solche Vorstösse beantworten zu können. Und einmal mehr findet er in der Beantwortung den Hinweis auf die angespannte Finanzlage. Aber immerhin anerkennt der Gemeinderat, dass die in der Interpellation geforderten Daten eine Hilfestellung für die strategische Ausrichtung der Gemeindeentwicklung wäre. Auch geht er davon aus, dass privilegierte Wohnlagen nicht mehr Steuersubstrat generieren als weniger privilegierte. Aus dieser Einsicht müsste folgen, dass man vermehrt Sorge zu den nicht privilegierten Wohnlagen trägt. Das heisst, dass man die Wohn- und Aufenthaltsqualitäten verbessert, attraktive Bedingungen für den Langsamverkehr schafft, sichere Schulwege hat und Angebote für den täglichen Bedarf in der Nähe findet. Auch positiv nimmt Cla Büchi zur Kenntnis, dass der Gemeinderat eine regelmässige Erhebung und Auswertung der geforderten Daten gedenkt vorzunehmen, sobald man die entsprechende Software hat.

Gemäss Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, sind die Fragen des Interpellanten nach dem Steuerertrag und der Bevölkerungsdichte je nach Quartier durchaus interessant. Die Daten müssen aber effizient und ohne grossen Aufwand erhoben werden können. Dies scheint in Kriens mit der Einwohnerservicesoftware „NEST“ nicht der Fall zu sein. Und auch das geografische Informationssystem GIS könnte gewisse Daten nur mit grösserem Aufwand liefern, wie es in der Antwort des Gemeinderates heisst. Warum die gleichen Fragen für die Gemeinde Emmen, laut Zeitungsbericht vom 13. November 2017, beantwortet werden konnten, bleibt dahingestellt. Wichtig für die CVP/JCVP-Fraktion ist vor allem, zu welchem Zweck diese Daten erhoben werden. Es macht durchaus Sinn, wenn dadurch eine Aufwertung der Quartiere an die Hand genommen wird. Wenn beispielsweise in dicht besiedelten Quartieren die Qualität der Aussenraumgestaltung mehr Beachtung findet, oder mehr Ressourcen in die Jugendarbeit gesteckt wird. Fragen von Wohnen und Arbeiten sind in Kriens von zentraler Bedeutung, bei den grossen Arealen, die im Moment vor allem mit Wohnraum überbaut werden. Das heisst, mit der Erhebung der vom Interpellanten verlangten Zahlen könnten wichtige Grundlagen für die Steuerung der Quartierentwicklung erarbeitet werden. Was sie nicht versteht ist, dass die Frage nach den öffentlichen Infrastrukturkosten pro Person in den einzelnen Quartieren nicht beantwortet werden konnte. Wie viele Personen in einzelnen Quartieren wohnen, könnte per Strassenzug ermittelt werden. Und die öffentlichen Infrastrukturkosten sollten ebenfalls bekannt sein.

Die SVP-Fraktion wundert sich laut Yvette Estermann auch über die Antworten des Gemeinderates. Das es technisch nicht möglich war, kann sie nachvollziehen. Aber sie hat erwartet, dass der Gemeinderat nicht nur sagt, was er nicht kann, sondern was er kann. Es ist ja möglich, dass der Gemeinderat in seinem Votum auch Alternativen aufzeigt, welche er machen kann, um den Interpellant zufrieden zu stellen.

Gemäss Daniel Rösch, FDP-Fraktion ist es im Zeitalter der Digitalisierung und Big Data schade, dass es die Softwareinfrastruktur der Gemeinde nicht zulässt, auf einfache Art und Weise entsprechende Analysen durchzuführen. Die FDP-Fraktion interessiert nicht nur die Auswertungen auf der Beitragsseite, sondern auch diejenigen auf der Aufwandseite. Das kann sicher auch als strategisches Mittel genutzt werden.

Laut Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, braucht es Daten, damit Investitionen und Entwicklungen gesteuert werden können. Diese hat Cla Büchi mit seinem Vorstoss verlangt. Dies findet sie gut und wichtig. Dass der Gemeinderat nicht alle Daten auf Knopfdruck liefern kann, hat die Grüne/GLP-Fraktion vermutet. Dass der Gemeinderat überhaupt keine Daten liefert, ist aber eine Enttäuschung. Denn mit etwas gutem Willen hätte man durchaus interessante Daten liefern können. Bei Frage 1 sollte mindestens eine vereinfachte Beantwortung des Steuerertrags pro Quartier, statt pro Hektar Bodenfläche, nach möglich sein. Der Sprechende erinnert sich, dass es in Luzern einen ähnlichen Vorstoss dazu gab. Seines Wissens konnte die Stadt Luzern mindestens diese Fragen beantworten. Dasselbe gilt für die Frage 2. Auch Frage 4 könnte mindestens dahingehend beantwortet werden, wie hoch die öffentlichen Infrastrukturkosten pro Quartier sind. Mit dieser Antwort hat es sich der Gemeinderat etwas gar einfach gemacht. Für das Budget werden Entwicklungen in den verschiedenen Quartieren durchgerechnet. Für Planspiele und Quartierentwicklung wären mindestens ein Teil dieser Daten auch für den Gemeinderat interessant.

Räto Camenisch hätte gerne ein paar Daten erhalten, in welchem Quartier man wie viel Steuerertrag pro Nase und Quadratmeter hat. So könnte man die Quartiere sehr gut vergleichen. Aber wenn man dies macht, dann muss man auch sagen, wie viele Kosten die Gemeinde pro Quadratmeter hat. Sprich Kosten für die Infrastruktur, die Dienstleistungen, den Sozialdienst, die Sozialhilfe, usw. Natürlich muss man dann das Plus und das Minus rechnen. Wenn man schon eine solche Darstellung macht, und diese auch verwenden möchte, so muss diese sauber und ehrlich sein. Das hat der Sprechende in der bisherigen Diskussion vermisst.

Cyrill Wiget erläutert, dass die Auffassung besteht, dass man diesbezüglich mehr hätte machen können. Das stimmt natürlich, aber für eine solche Analyse muss sehr viel Geld ausgegeben werden. Der Gemeinderat hat nie geglaubt, dass nur der Sonnenberg Steuern bezahlt oder dass nur eine Strasse besonders wenig Steuern bezahlt. Der Gemeinderat ist sich sehr bewusst, dass der gute Mittelstand die Gemeinde trägt und nicht wie in anderen Gemeinden, bei denen einzelne Steuererträge aus ganz interessanten Liegenschaften einfließen. Darum bringt in Kriens diese Analyse mit sehr viel Aufwand einfach zu wenig. Das war die Überzeugung, warum der Gemeinderat gesagt hat, dass er dies so nicht machen möchte. Die Gefahr hätte auch bestanden, dass wenn man dies auf einzelne Quartiere herunterbricht, dass man herausfinden kann, wer wie viel Steuern bezahlt. Den Respekt vor dem Steuergeheimnis wollte er nicht auf das Spiel setzen. Der Gemeinderat hat Cla Büchi so verstanden, dass er vermeiden möchte, dass der Gemeinderat einer falschen Fährte aufsitzt und das macht er ohnehin nicht. Der Sprechende dankt fürs Verständnis.

11. Beantwortung Interpellation Niederberger: Sperrparkplätze Galusstrasse Nr. 069/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Raoul Niederberger wünscht eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Raoul Niederberger bedankt sich dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung seiner Fragen. Nichtsdestotrotz gibt es einige Punkte in den Ausführungen des Gemeinderates, die für die Grüne/GLP-Fraktion nicht ganz schlüssig sind. Als erstes kommt er zur Verkehrsführung im Zentrum. Die Verkehrsführung und das Parkplatzregime im Zentrum sind seit Baubeginn des neuen Zentrums ein Dauerthema im Einwohnerrat. Es sind bereits mehrere Vorstösse und Fragen in der Fragestunde zu diesem Thema eingegangen. Auch dieser Vorstoss ist Ausfluss einer eigentlichen "Pflästerli-Politik" des Gemeinderates. Rund ums Zentrum wird immer wieder versucht die Situation mit kleinen "kosmetischen" Eingriffen zu verbessern. Dieses Vorgehen ist nach Erachten der Grüne/GLP-Fraktion sicherlich nicht zielführend. Es ist schade, dass es anscheinend verpasst wurde, im Vorfeld der Zentrumsplanung ein sinnvolles Konzept für die Verkehrsführung und Parkierung während der Bauphasen zu erarbeiten. Nun kommt er zur Sicherheit für die Fussgänger und Velofahrer. An dieser Stelle muss noch einmal festgehalten werden, dass die jetzige Praxis des Parkplatzregimes an der Gallusstrasse wieder zuungunsten der Fussgänger und Velofahrer geht. Sie sind es, die falsch abgestellten Autos auf die Strasse ausweichen müssen und ihre Sicherheit riskieren. Eine ähnliche Situation wurde bereits an der Gemeindehausstrasse kritisiert. Des Weiteren vermögen auch die Ausführungen zum Unfallrisiko nicht restlos zu überzeugen. Es wird sich wohl noch zeigen müssen, ob die Unfallstatistik 2021 auch noch keinen Personenunfall auf der Gallusstrasse ausweist. Zuletzt kommt der Sprechende zur Verbesserung für das Gewerbe. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist es durchaus fragwürdig, ob das jetzige Parkplatzregime an der Gallusstrasse den Gewerbetreibenden wirklich zugutekommt. Insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass eine maximale Parkzeit von 12 Stunden zulässig ist. Die Ausführung des Gemeinderates, dass dadurch die Parkfelder nicht durch Anwohner als Dauerparkfelder missbraucht werden, erscheint wenig plausibel. Dieses Problem hat denn auch die FDP bereits erkannt und einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Die CVP/JCVP-Fraktion befürwortet laut Kurt Gisler die Schaffung der zwei neu bewirtschafteten Parkplätze in der Gallusstrasse. Wie in der Beantwortung der Interpellation Niederberger festgehalten ist, wurden die angrenzenden Gewerbetreibenden in diesen Prozess involviert. Dies ist für sie sehr wichtig, denn es müssen für die betroffenen Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Als positiver Nebeneffekt bewertet die CVP/JCVP-Fraktion auch, dass durch die Bewirtschaftung der zusätzlichen Parkplätze Einnahmen in der Gemeindekasse realisiert werden. Auch die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass Fahrzeuge ausserhalb der markierten Parkflächen oder solche die sogar den Radstreifen blockieren, nicht zu tolerieren sind. Sie gibt auch zu bedenken, dass die erwähnten Parkplätze lediglich Kurzzeitparkmöglichkeiten sein sollten. Dies ist auch der Interpellation Ercolani Nr. 099/2017 zu entnehmen, denn diese Frage betrifft vor allem die Parkplätze vor der Papeterie, die gegen Bezahlung max. 12 Stunden belegt werden dürfen. Hier liegt das Problem und ist wie bereits vom Interpellanten gesagt "Pflästerli-Politik". Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass sämtliche Parkplätze in der Gallusstrasse inkl. die Parkplätze bei der Papeterie die gleichen Kurzzeitparkplatzmöglichkeiten bieten müssen und deshalb muss diese Parkplatzsituation im Gesamtkontext beurteilt werden. Auch die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung,

dass eine Rückführung in den alten Zustand nicht notwendig ist. Sie dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung.

Hans Fluder von der SVP-Fraktion hält fest, dass sich jeder Fahrzeughalter, der ausserhalb der markierten Parkfelder sein Fahrzeug abstellt, strafbar macht und mit einer Busse rechnen muss. Es kann doch nicht sein, dass die Gemeinde für solches Vergehen die Verantwortung übernehmen soll. Für solche Fälle gibt es ein Gesetz, welches die Vergehen regelt. Nach eigener Feststellung gibt es auch unvorsichtige Velofahrer, welche mit hoher Geschwindigkeit über den stark von Fussgänger frequentierten Dorfplatz, sowie durch die Gallusstrasse rasen. Ein vernünftiges Miteinander wäre sicher die bessere Lösung. An der Kosthausstrasse hinter dem Dorfplatz hat es einige gebührenpflichtige Parkplätze. In wenigen Minuten erreicht man die Gallusstrasse, um die privaten Geschäfte zu erledigen. Die Polizei macht sicher auch Kontrollen an der Gallusstrasse und büsst die fehlbaren Fahrzeuglenker. Die Sparmassnahmen im Kanton Luzern geht auch bei der Luzerner Polizei nicht spurlos vorbei. Durch den Abbau von Personal, müssen die Polizisten ihre Prioritäten richtig und gezielt einsetzen. Wenn die Bauarbeiten im Dorfkern von Kriens fertiggestellt sind, gibt es sicher eine vernünftige Lösung. Die Gallusstrasse soll ja eine Begegnungszone werden. Wenn dies so realisiert wird, wird sich dies sowieso von alleine regeln.

Thomas Lammer bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion beim Gemeinderat für die Beantwortung. Vor allem für die Anlieferung kann Entwarnung gegeben werden, denn dies funktioniert soweit. Im Weiteren möchte der Sprechende auf den Vorstoss von Enrico Ercolani verweisen. Darin werden vermehrt Kurzzeitparkplätze verlangt. In dieser Zone können rasche Besorgungen gemacht und rasch wieder davon gefahren werden. Die Gallusstrasse, der Dorfplatz und weiter nach oben Richtung Fenkern ist ein sensibles Gebiet betreffend Velofahrer, Autofahrer und Fussgänger. Es muss von allen Rücksicht verlangt werden, da es relativ enge Platzverhältnisse sind. Eine Entwicklung resp. Verbesserung an der Gallusstrasse ist sowieso vorgesehen und wird eine ganz veränderte Situation entstehen lassen. Er erwähnt nochmals als wichtiges Anliegen das Vorhandensein von Kurzzeitparkmöglichkeiten, wo auch immer diese möglich sein werden.

Gemäss Cla Büchi, SP-Fraktion, ist die Verkehrssituation in der Gallusstrasse tatsächlich alles andere als optimal und das vor allem, was die Verkehrsführung und Sicherheit der Fussgänger und Velofahrenden betrifft. Der Sprechende wagt aber zu bezweifeln, dass die Auflösung des Güterumschlagplatzes für die Misere verantwortlich ist. Vielmehr ist es wahrscheinlich der Umstand, dass es Verkehrsteilnehmer gibt, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten und auf der Strasse, dem Velostreifen oder dem Trottoir widerrechtlich parkieren. Vielleicht ist aber auch die unübersichtliche und prekäre Verkehrssituation dafür verantwortlich, dass so wenig passiert, weil die Verkehrsteilnehmer dadurch gezwungen sind, die Gallusstrasse vorsichtig zu befahren. Eine sehr pragmatische Sichtweise, das ist Cla Büchi schon klar. Aber die Situation wird sich wahrscheinlich erst deutlich verbessern, wenn die Gallusstrasse dereinst verkehrsfrei oder -beruhigt sein wird.

Laut Matthias Senn muss zwischen der provisorischen und definitiven Verkehrsführung unterschieden werden. Bei der Gallusstrasse geht es momentan um eine definitive Verkehrsführung, welche schon vor einigen Jahren so eingeführt wurde. Nun wurde ein Sperrparkplatz in zwei Parkplätze ummarkiert. Es wurde richtig festgestellt, dass es mit dem Bebauungsplan Gallusstrasse eine Änderung gibt, wenn dieser dann umgesetzt werden kann. Dafür braucht es aber einige Voraussetzungen, vor allem das neue Verkehrsregime in der Horwerstrasse mit Gegenverkehr und Einmündung in die Luzernerstrasse. Dazu braucht es Fläche des Are-

als, wo sich heute das Café Habermacher befindet. Bis das realisiert werden kann, dauert es sicher noch ein paar Jahre. Die Frage der Parkplatzbewirtschaftung ist auch eine separate Frage. Im 2010 wurde eingeführt, dass alle Parkplätze gleich bewirtschaftet werden. Jetzt gibt es bereits wieder eine Änderung im Zentrum Pilatus, wo es nur Kurzzeitparkplätze geben wird. Bei der Gallusstrasse kann die Änderung abgeklärt werden. Bisher gab es von den Gewerbetreibenden keine Reklamationen, dass dort zu lange parkiert werden kann. Der Gemeinderat wird dies sicherlich prüfen.

12. Postulat Piras: Zustand der Krienser Schulanlagen – für eine langfristige Werterhaltung **Nr. 091/17**

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

13. Postulat Vonesch: Nutzungskonzept für das Gemeindehaus (Schachenstrasse 13) **Nr. 097/17**

Gemäss Rolf Schmid ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

14. Fragestunde

Gemäss Andreas Vonesch konnte man Anfangs Dezember in der Neuen Luzerner Zeitung lesen, dass die IG Baukultur Widerstand gegen den Abriss des Alters- und Pflegeheims Grossfeld leisten wird. Wo steht man in dieser Sache?

Franco Faé bestätigt dies. Der Gemeinderat hat den offenen Brief erhalten. Es wird eine Sitzung mit der Gruppierung dieser Architekten stattfinden.

Laut Räto Camenisch hat man nun erfahren, dass der Bypass Luzern vom Bund vorgezogen wird. Diese Ereignisse überstürzen sich fast. Innert vier Jahren soll mit dem Bau begonnen werden. Die Krienserinnen und Krienser kämpfen für eine anständige Gestaltung des Portals Süd. Er möchte wissen, was der Gemeinderat heute der Presse gesagt hat.

Rolf Schmid stellt fest, da Cyrill Wiget gerade nicht anwesend ist, wird die Frage später wiederholt.

Erwin Schwarz erwähnt das Protokoll der Delegiertenversammlung von REAL. Darin stand, dass die Abfallabfuhr verstaatlicht wird, was so viel heisst, dass REAL in sämtlichen Ver-

bandsgemeinden zentralisieren will. Hier wird die Abfallentsorgung durch einen Krienser Unternehmer gemacht. Hat der Gemeinderat mit der Einreichung der Petition bereits sein Pulver verschossen? Muss man nun einfach akzeptieren, dass die Abfallabfuhr verstaatlicht wird?

Laut Matthias Senn ist der Gemeinderat nun dem Entscheid des Vorstandes und der Delegiertenversammlung ausgesetzt. Der Gemeinderat wollte sich für das regionale, lokale Gewerbe einsetzen. Der Vorstand von REAL hat behauptet, dass eine interne Lösung günstiger kommt. Das weiss man aber nicht, solange keine neue Ausschreibung gemacht wird. Der Gemeinderat hat erwartet, dass hier eine Ausschreibung gemacht wird, um dies überprüfen zu können. Weiter wollte der Gemeinderat eine mitunterzeichnende Gemeinde, weil schlussendlich braucht es auch bei REAL eine Mehrheit, wenn man etwas durchbringen möchte. Es wurden die K5-Gemeinden und sonst noch zwei Gemeinden angefragt. Sie argumentierten, dass sie von den Argumenten des Vorstandes überzeugt wurden und deshalb die Petition nicht unterzeichnen. Dadurch war Kriens die einzige Gemeinde und hat die Petition trotzdem eingereicht. Der Gemeinderat wartet nun auf die Antwort des Vorstandes von REAL.

Michael Portmann führt aus, dass bei vielen Gemeinden auf der GIS-Karte des Kantons Luzern im Bereich der kommunale Nutzungsplanung neben den bewilligten Bebauungsplänen auch die Gestaltungspläne resp. die Umrisse der entsprechenden Gebiete aufgezeichnet sind. Welche Gründe gibt es, dass in Kriens beispielsweise die Gestaltungspläne für den Mattenhof oder Schweighof nicht aufgeschaltet sind?

Matthias Senn fragt sich, ob dies die Aufgabe der Gemeinde oder vom Kanton ist. Wenn etwas einheitlich gemacht werden müsste, läuft dies übers Geoportal. Dafür ist der Kanton verantwortlich. Der Sprechende nimmt diese Frage gerne auf. Bestätigen kann er, dass die bewilligten Projekte aufgeschaltet sind. Diese sind jeweils rot eingezeichnet.

Erich Tschümperlin hat von der Gemeinde Kriens einen Brief erhalten, dass er sich bei IncaMail für die Sitzungsgeldabrechnung registrieren soll. Seine Fraktionskollegen haben dies nicht erhalten. Was ist der Vorteil? Wieso soll er sich registrieren? Was passiert, wenn er dies nicht macht?

Gemäss Guido Solari geht es darum, dass die Verwaltung mit einem gesicherten Kanal mit E-Mail kommunizieren kann, resp. die Lohnabrechnungen werden damit verschickt. Mit normalen E-Mails ist dies nicht möglich. Darum muss man sich für das IncaMail anmelden. Wieso Erich Tschümperlin diesen Brief erhalten hat, weiss der Sprechende nicht. Er scheint immer noch irgendwo in der Lohnbuchhaltung aktiv zu sein.

Anmerkung der Protokollführerin:

Es wurde festgestellt, dass die Ursache mit grösster Wahrscheinlichkeit beim Mitarbeitenden-Status im Lohnsystem liegt. Die Mitglieder des Einwohnerrates erhalten ihre Entschädigung jeweils Ende Juli ausbezahlt. Während den restlichen Monaten des Jahres werden in der Regel keine Zahlungen ausgelöst. Dies hat zur Folge, dass der Status im Lohnsystem auf „Inaktiv“ gesetzt wird. Als die Adressliste für die Anfrage des IncaMails erstellt wurde, sind sehr wahrscheinlich einzelne inaktive Personen durch die Kontrolle gefallen. Diese Personen haben dadurch leider kein Schreiben erhalten. Neue Personen, welche noch nie eine Entschädigung über das Krienser Lohnsystem erhalten haben, werden ebenfalls keine Anfrage erhalten haben.

Judith Mathis-Wicki kommt auf die etlichen Bauten im Hochwald zu sprechen, bei denen die Eigentümer nachträgliche Baubewilligungen nachliefern mussten. Dies erfolgte zum Teil bereits im Jahr 2013. Die Bauherrschaften haben teilweise bis heute noch keine Antwort erhalten. Wie weit setzt sich der Gemeinderat bei der Dienststelle rawi ein, dass es vorwärts geht? Wie informiert der Gemeinderat die Bauherrschaft zwischenzeitlich?

Der Gemeinderat hat laut Matthias Senn gestern die Interpellation von Bruno Bienz verabschiedet, welche am Montag aufgeschaltet wird. Darin werden diese Fragen beantwortet. Der Beantwortung kann auch entnommen werden, wie es weitergeht. Viele wurden während dem rechtlichen Gehör über den Stand informiert. Ansonsten kann bei der Gemeinde nach dem Stand gefragt werden.

Räto Camenisch wiederholt seine Frage von vorher. Der Bypass ist nun akut und wird in vier Jahren verwirklicht. Es kommt auf Kriens zu. Der Sprechende hat den Tipp aus Bern erhalten, dass man nun wirklich dran bleiben muss. Was wurde der Presse mitgeteilt?

Gemäss Cyrill Wiget konnte der Gemeinderat darüber noch nicht diskutieren, aber an seiner Linie hat sich nichts verändert. Überraschend ist der Bundesrat gestern zum Schluss gekommen, dass scheinbar das Projekt Bypass Luzern in einem so hohen Konkretisierungsgrad ist, dass es gemäss dem nationalen Programm, aufgrund der erhöhten NAF-Gelder, in die Gruppe von 2030 hineingenommen werden kann und nicht in die Gruppe von 2040, wie man bisher davon ausging. Doris Leuthard sagte, dass es schon noch einige Unklarheiten mit Kriens und Luzern gibt, aber generell wurde alles geregelt. Das ist aber nicht das Empfinden des Gemeinderates, denn es gibt noch drei offene Punkte. Zum einen ist es das eigentliche Portal, bei dem man auf gutem Weg ist. Der Bund und der Kanton haben darauf gut reagiert. Hinzu kommt jedoch die Koppelung mit der Spange Nord. Bei der Spange Nord wurde immer gesagt, dass es den städtischen Verkehr braucht, damit das Bauwerk einerseits Sinn macht und andererseits damit der ÖV, der Radverkehr und der Fussverkehr funktioniert. Mit diesem Projekt ist man noch nirgends. Im Mai 2018 ist geplant, dass der Kantonsrat darüber debattiert. Deshalb kann sich der Sprechende nicht erklären, weshalb Doris Leuthard darauf kommt, dass dies geklärt sein soll. Der dritte Punkt ist die Einhausung. Wie auch schon erwähnt, arbeitet hier eine Arbeitsgruppe konstruktiv daran und ist auf gutem Weg. Am nächsten Montag findet das erste Treffen mit den Investoren und den Eigentümern der danebenliegenden Liegenschaften statt. Aber auch mit diesem Projekt ist man noch nirgends. Der Bundesrat hat 2.25 Mrd. Franken für vier Projekte in der gesamten Schweiz gesprochen. Hier fällt das eine oder andere ohnehin wieder raus. Jetzt ist die spannende Phase und Kriens muss sich aktiv bemühen, wenn man noch etwas erreichen will. Der Gemeinderat wird alles unternehmen, was möglich ist. Erst später kommt aus, ob es wirklich schon so weit ist, wie der Bund meint.

Enrico Ercolani stellt fest, dass der Rohbau des neuen Gemeindehauses fertig ist. Hat man die Kosten im Griff oder ist mit Überraschungen zu rechnen?

Gemäss Franco Faé ist man daran. Letzte Woche fand eine Sitzung der Zentrumskommission statt. In der KFG wurde auch bereits besprochen, dass dem Einwohnerrat bezüglich den Mehrkosten ein B+A unterbreitet wird.

Michael Portmann stellt fest, dass die Ringstrasse mit ein paar tausend Fahrzeugen pro Tag das Kuonimattquartier in zwei Hälften teilt. Wie wird in Zukunft sichergestellt, dass Fussgänger und Velofahrer die Ringstrasse überqueren können, ohne den Verkehrsfluss zu stören? Sind Unter- oder Überquerungen im Bereich vom Grabenhof- bis Mattenhof-Kreisel geplant?

Laut Matthias Senn wurde die Ringstrasse vor rund 15 Jahren gebaut. Ihm ist nicht bekannt, dass es von seiten des Kantons Änderungen gibt. Der Kreisel Mattenhof wird zurzeit betreffend Busspur überprüft.

Gemäss Judith Mathis-Wicki stehen auf dem Krauerschulhausplatz neben den verrosteten Containern nun auch zwei alte Telefonkabinen. Was hat es mit den Telefonkabinen auf sich? Wird dieser Schulhausplatz zu einem Sperrgutplatz?

Franco Faé erklärt, dass die Jugendanimation diese Telefonkabinen geordert hat. Sie planen damit ein Projekt, welches in absehbarer Zeit in Anspruch genommen wird. Es hat einen Zusammenhang mit dem Schappe.

Laut Alfons Graf holzt die Gemeinde auf dem Sonnenberg. Er stellte fest, dass seit ca. einem Monat die Tannen unten eingesagt sind. Weshalb wurde dies gemacht?

Cyrill Wiget erklärt, dass es sich beim Projekt um Mondholz handelt. Nach seinen Kenntnissen wird heute das Holz in den Ofen geschoben und sechs Wochen getrocknet. Diese moderne Methode steht jedoch auch in der Kritik. Man sagt, dass der Baum von innen heraus langsam ausgetrocknet werden soll. So gibt es viel weniger Spannung im Holz und ergibt ein viel besseres Möbelholz. Diesem Holz sagt man anscheinend Mondholz. Wenn der Baum nun unten so eingesagt wird, kann keine Feuchtigkeit mehr steigen.

Anmerkung der Protokollführerin:

Unter Mondholz bzw. Mondphasenholz versteht man Holz von Bäumen, die unter Berücksichtigung des forstwirtschaftlichen Mondkalenders gefällt wurden. Durch das sogenannte Ringeln wird der Saftstrom unterbrochen. Der Stamm trocknet so auf natürliche Weise, reisst dadurch nicht so schnell und reagiert weniger auf Luftfeuchtigkeit. Das Mondholz wird für den Bau eines Mehrfamilienhauses verwendet.

Enrico Ercolani hat bereits einmal wegen der Signalanlage Horwer-/Arsenalstrasse nachgefragt. Diese ist so unmöglich. Man kann kommen, es wird rot, aber es kommt von nirgends sonst ein anderer Verkehrsteilnehmer. Diese Signalanlage kann man doch sicherlich nachts ausschalten oder zumindest so einstellen, dass nicht wegen jedem Mäuschen die Hauptachse auf Rot steht. Dies hindert auch den öffentlichen Verkehr. Hat der Gemeinderat diesbezüglich etwas unternommen?

Matthias Senn fragt nochmals nach. Zum Teil handelt es sich auch um alte Anlagen, welche nicht so einfach korrigiert werden können. Bei diesem Knoten ist man an einem Projekt für einen Kreisel. Demnächst erfolgt die öffentliche Auflage.

Michael Portmann stellt fest, dass sich bei der Kreuzung Ringstrasse und Grabenhof der Verkehr häufig staut. In der Zeitung konnte man lesen, dass die Firma Heggli irgendwo ins Gebiet Vorderschlund seine Lastwagen verschieben wird. Dort befindet sich bereits der Aldi und die Zürich Versicherung. Wie sieht dort die Verkehrsführung in Zukunft aus?

Matthias Senn erklärt, dass der Kanton diesen Punkt im Rahmen des Projektes mit dem Kreisel Mattenhof anschaut. Dem Sprechenden ist nicht bekannt, dass die Firma Heggli dort etwas plant. Beim Mattenhof Kreisel geht er weg, weil das Grundstück verkauft wurde, jedoch hat er noch ein weiteres Areal neben der Sternmatt am Freigleis.

Gemäss Davide Piras müsste das Tourismusreglement eigentlich schon eingeführt sein. Wie ist das Verfahren zur Erhebung der Kurtaxen von den Airbnb-Nutzern in Kriens?

Laut Cyrill Wiget war der Gemeinderat immer der Auffassung, dass auch die Airbnb-Nutzer Kurtaxe bezahlen müssen. Im Internet wird nach Anbietern gesucht und diese werden dann aktiv angeschrieben. Neu gibt es ein Programm, welches auch etwas kostet. Deshalb kann es nicht gratis zur Verfügung gestellt werden. Den grösseren Anbietern wird der Programmbeitrag aus der Kurtaxe erlassen und die kleineren müssen ganz normal bezahlen.

Patrick Koch kommt nochmals auf den Mattenhof-Kreisel zu sprechen. Er hat vor wenigen Tagen in der Neuen Luzerner Zeitung gelesen, dass dieser Kreisel aufgehoben werden soll. Ist das wirklich ernsthaft die Idee bei dieser Hauptverkehrsschlagader Signalisationen zu erstellen?

Gemäss Matthias Senn wird es geprüft. Beim Verkehrskonzept LuzernSüd bestand auch die Idee diesen Kreisel kleiner zu machen. Vom Kanton gibt es aber gewisse Bedenken zur Leistungsfähigkeit. Der Vorteil darin liegt bei der Platzgewinnung. Der Mattenplatz soll ja auch ein Aufenthaltsort werden. Der Kanton kam aber auch auf die Idee den Grosskreisel durch eine Lichtsignalanlage zu ersetzen. Dafür benötigt es auch weniger Platz und die Kapazität ist wahrscheinlich gleich gross, wenn nicht sogar grösser. Diese Punkte müssen nun gegenübergestellt werden.

Thomas Lammer hat eine Frage zur Wirtschaftsförderung. Wie viele Unternehmen wurden im Jahr 2017 besucht?

Laut Cyrill Wiget ist es ein neues Unterfangen, dass sich die Gemeinde bei den Unternehmen in Kriens einlädt. Gegen Ende des Jahres wurden etwa ein Dutzend besucht und ein paar sind noch auf der Liste. Es gibt auch noch ein paar Firmen, welche zusammen mit der kantonalen Wirtschaftsförderung zusammen besucht werden. Vor allem die grösseren Unternehmen möchte der Gemeinderat nicht alleine besuchen, gerade weil die kantonale Wirtschaftsförderung einen professionelleren Bezug und Herangehensweise hat. Geplant ist nun ein Zusammenzug der bisherigen Besuche, um zu schauen, welche Wünsche und Anregungen entgegen genommen werden können.

Yasikaran Manoharan wurde von Kollegen angesprochen, welche in Musik- oder Theatervereinen aktiv sind. Weshalb wurde im Schappe Kulturquadrat auf einen verstellbaren Vorhang verzichtet? Eigentlich ist dies ja ein wichtiger Bestandteil eines Musik- oder Theatersaals.

Gemäss Franco Faé wurde das gesamte Schappe Areal niederschwellig geplant und es wurde wenig Geld eingesetzt. Ein Akustiker hat den Schappe Saal mit wenigen Anpassungen als gut befunden. Anders sieht es im Probesaal aus. Im Vorfeld wurde jedoch vereinbart, dass zuerst gebaut und danach wegen weiteren Massnahmen geschaut wird. Vor allem die anspruchsvollen Musiker hatten ihre Einwände. Der Akustiker hat Nachmessungen gemacht. Nun muss mit Vorhängen nachgebessert werden und man ist mit den Architekten daran das Problem zu lösen.

Schluss

Rolf Schmid bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 8. März 2018. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Auch im neuen Kalenderjahr zitiert Rolf Schmid Heinz Erhardt. Passend zum jungen Jahr sagte er doch einst so schön: *«Pessimisten sind Leute, die mit der Sonnenbrille in die Zukunft schauen.»* So schlägt er vor: Man soll die Sonnenbrille ausziehen, wenn man in die Zukunft schaut.

Er wünscht allen eine rüdig schöne, grossartige Fasnacht, und denjenigen, die das Vergnügen haben werden, sonnige und unfallfreie Wintersportferien. Er wird nun etwas kürzertreten und über die närrischen Tage dem Gallivater Werner Schnüriger den «Thron» des höchsten Kriensers überlassen.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Rolf Schmid

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp